

BOLSCHEWIK

Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

Nummer 20

Mai 2003

70 Cent



Immer fest im Blick: Die Profitmaximierung des deutschen Kapitals

SPD / Grüne rüsten für Raubzüge nach innen und aussen

Im Mittelpunkt 'deutscher Politik' steht die Aufgabe, Deutschland fit zu machen für die wirtschaftliche, politische und militärische Konkurrenz um die Aufteilung der Welt unter den größten Mächten. Im Namen der Standortkonkurrenz müssen Löhne und soziale Leistungen gesenkt werden, gleichzeitig soll im 'deutschen Interesse' die Bundeswehr massiv aufgerüstet werden, um ihre internationale Einsatzfähigkeit entscheidend zu verbessern. Natürlich sollen dafür Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger sowie Schüler und Studenten bluten. ... Jede bürgerliche Regierung egal welcher Parteienzusammensetzung ist diesem Programm von Blut, Schweiß und Tränen für das deutsche Weltmachtstreben verpflichtet. ...

Offensichtlich wird der militärische Einfluss eines imperialistischen Staates wieder in zunehmendem

Maße zu einem wesentlichen Faktor, der direkt darüber entscheidet, welchen Anteil das Kapital des jeweiligen Staates in Konkurrenz zu den anderen Großmächten an der Aufteilung der Märkte und damit auch an einem kommenden Wirtschaftsaufschwung haben wird. ...

Insgesamt werden dem Interesse an einer Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf allen Ebenen alle anderen Interessen untergeordnet. **Dabei erweist sich immer deutlicher die militärische Aufrüstung zu internationaler Interventionsfähigkeit als Nadelöhr der gesamten weiteren Entwicklung.** Die daraus erwachsenden 'Sachzwänge' imperialistischer Politik werden von der Rüstungs- bis zur Sozialpolitik die kommende Legislaturperiode prägen - egal ob unter 'rot-grün, schwarz-gelb oder einer großen Koalition.'

Dies schrieben wir vor der Wahl - jeder einzelne Tag hat seitdem unsere Analyse bestätigt:



Schröder grübelt: Wo kann bei der Arbeiterklasse noch gespart werden?

Die momentan diskutierte Abschwächung der Wehrpflicht steht dazu keinesfalls im Widerspruch - im Gegenteil: Sofern sie wirklich die Zahl der Eingezogenen verringern sollte, dient dies dem seit längerem betriebenen *teilweisen* Umbau der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- zu einer Berufsarmee, hochspezialisiert und -gerüstet für Auslandseinsätze. Die Bundeswehr soll dadurch nicht schwächer sondern schlagkräftiger werden.

"Bundeskanzler Gerhard Schröder ist offenbar bereit, als Konsequenz aus dem Irak-Konflikt die Bundeswehr mit mehr Geld auszustatten. Schröder sagte nach einer Kabinettsitzung, die Bundeswehr müsse sich auf neue Aufgaben einstellen. Wenn die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, müsse man auch über eine Erhöhung des Verteidigungsetats nachdenken" (SZ, 27.3.2003).

Entsprechend wird im Schatten des Krieges zum Sturmangriff auf die Rechte und Interessen von Arbeitern und Erwerbslosen geblasen. Die Interessen der deutschen Bourgeoisie sind klar. So klar, dass unter den etablierten Parteien ein grundlegender Konsens über die notwendigen Konsequenzen herrscht.

SPD/Grüne regieren für das deutsche Kapital

Angesichts der Unionsmehrheit im Bundesrat existiert eine faktische große Koalition für Sozialabbau. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, die scharfen Angriffe der "rot"-grünen Regierung wären ein Ergebnis "rechten" Drucks von CDU/CSU und FDP.

Die neoliberale bürgerliche Partei Bündnis 90/Die

Grünen ist ein ökologisch maskierter Zweitaufguss der FDP, der es für seine politische Pflicht hält, zu sparen und unbequeme Entscheidungen auch mit Strafen gegen Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger durchzusetzen. Ihr Credo verkündete Grünen-Fraktionschefin Göring-Eckhardt im Interview mit dem Tagesspiegel vom 16.2.2003:

"Mittlerweile weiß jeder, dass es nicht damit getan ist, jetzt nur an den verschiedenen Schrauben der Sozialsysteme ein wenig zu drehen. Die Reformen müssen so tief gehen, dass sie über viele Jahre hinweg Wirkung zeigen. Und wir werden da Taktgeber sein. ...

Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, dass die Rentner künftig auf ihr Stück Kuchen im Cafe am Ku'damm verzichten sollen. ...

Umso mehr machen wir Grünen deutlich, dass die seligen achtziger Jahre vorbei sind. Es gibt eben keine gigantischen Umverteilungsmaschinen mehr, in die wir immer noch ein bisschen hineinlegen können, weil wir niemandem weh tun wollen. ...

Uns ist klar: In der Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik haben wir sehr unbequeme Entscheidungen zu treffen. ... Der Grundsatz wird sein, dass wir nicht einfach Leistungen ausgeben, sondern auch etwas verlangen. ... Wer es nicht annimmt, stellt sich schlechter. ...

Heißt fordern auch, Sanktionen zu verhängen?

Ja"

Die bürgerliche Arbeiterpartei SPD steht dem nicht nach und will auch bei den Empfängern von Sozialleistungen für das Kapital sparen und die Rechte der Lohnabhängigen beschneiden. Seit ihrem Umfragetief handelt die SPD nach dem Motto, "Ist der Ruf erst ruiniert, regiert es sich ganz ungeniert" ohne den Anschein von Rücksicht auf Arbeiter und Gewerkschaften. Mit aller Deutlichkeit erweist sich hier Lenins Feststellung als richtig, dass in einer bürgerlichen Demokratie das Volk nur alle vier oder fünf Jahre seine "Volkszeretreter" wählen darf.

Von Wahlbetrug kann bei der sozialdemokratischen Kahlschlagspolitik allerdings keine Rede sein. So war

Inhalt

SPD / Grüne rüsten für neue Kriege nach innen und aussen.....	Seite 1
Kommunismus, Anti-Imperialismus & Krieg.....	Seite 9
SAV: Wer von der Revolution nicht reden will, sollte vom Frieden schweigen.....	Seite 11
Die Linke im Krieg: Der Linie des geringsten Widerstandes folgen.....	Seite 20

Herausgeber: Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

Anschrift: Gruppe Spartakus, Postfach 100601, 47006 Duisburg

Presserechtlicher Verantwortlicher:

Christoph Lenk, BCM Box 4771, London WC1N 3XX, UK (Großbritannien)

Redaktionsschluss: 10.04.2003

Eigendruck im Selbstverlag

z. B. die jetzt vollzogene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bereits im Wahlprogramm der SPD verkündet worden. Anders als der linksreformistische Linksruck und die zentristische Gruppe Arbeitermacht haben wir deshalb auch der SPD keine kritische Wahlunterstützung gegeben: Wer angesichts der sozialdemokratischen Wahlversprechen an das Kapital und der Wahldrohungen an die Lohnabhängigen zur Wahl der SPD aufrief trägt die politische Mitverantwortung für die gegenwärtigen Angriffe. Vor allem trägt er die Mitverantwortung dafür, die Widerstandskraft der Arbeiter durch Illusionen in die SPD zu schwächen.

Des Kanzlers "Blut, Schweiß und Tränen"-Rede

SPD-Generalsekretär Olaf Scholz bezeichnete Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 zurecht als "zutiefst sozialdemokratisches Programm". Der "Grundsatz" dieser Rede war: "Wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben". Ein alter Grundsatz reformistischer Politik, wonach wir angeblich alle in einem Boot sitzen und es dem deutschen Arbeiter nur gut gehen kann, wenn es den deutschen Unternehmen gut geht:

"Eine dynamisch wachsende Wirtschaft und eine hohe Beschäftigungsquote sind die Voraussetzungen für einen guten Sozialstaat und für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft" (Rede Schröders am 14.03.2003).

Und genau deshalb funktioniert die reformistische Utopie vom Sozialstaat eben nicht: Immer wenn man ihn braucht (in der kapitalistischen Krise), ist er nicht mehr da. Während der guten Zeiten in die Sozialversicherung einzahlen, um dann, wenn wirklich Massen arbeitslos sind, mit leeren Händen dazustehen, ist das Schicksal der Arbeiter in der "sozialen Marktwirtschaft". Eine dynamische kapitalistische Wirtschaft erfordert eine steigende Profitrate, diese wiederum erfordert sinkende Lohnkosten und abnehmende unproduktive Abgaben an den Staat.

Demgemäß ordnet die Sozialdemokratie seit 1914 systematisch die Interessen der Lohnabhängigen denen des Kapitals unter. Solange in einem Drittel der Welt bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten existierten, erlegte dies der grenzenlosen Gier der Konzerne gewisse Fesseln an, waren sozialstaatliche Leistungen ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft im westlichen Hinterland des Kalten Krieges. Dem konterrevolutionären Untergang der Sowjetunion folgt mit zunehmendem Tempo der reaktionäre Sozialabbau: "Leistungen des Staates kürzen" und "mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern" ist der Nenner auf den Schröder seine Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte von Arbeitern und Erwerbslosen bringt.

Zunächst mal bricht er eine Lanze für die Art von "sozialer Gerechtigkeit", die er im Wahlkampf versprochen hat:

"Und ich akzeptiere auch nicht, dass Menschen mit der gleichen Bereitschaft zu arbeiten, Hilfen in unter-

schiedlicher Höhe bekommen. ... Deswegen werden wir Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen. Und zwar einheitlich auf eine Höhe, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entspricht" (ebd.).

Über 1,5 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die durch diese Angleichung im Schnitt 250 Euro im Monat verlieren, werden sich für soviel Gerechtigkeit bedanken. Darüber hinaus sehen Schröders Pläne eine Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld vor, um mehr Druck auf Arbeitslose auszuüben: Die über 55-jährigen sollen künftig maximal 18 und die unter 55-jährigen höchstens 12 Monate Arbeitslosengeld beziehen können. Zur Zeit liegt die maximale Bezugsdauer bei 32 Monaten. Wer eine angeblich zumutbare Arbeit ablehnt, muss mit Sanktionen rechnen. Niemandem werde künftig gestattet sein, "sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen", sagte Schröder. Niemandem außer dem Großkapital, das mit großzügigen Steuergeschenken verwöhnt und dem Abbau der sogenannten Lohnnebenkosten belohnt wird: So soll das Mutterschaftsgeld aus der gesetzlichen Krankenkasse (deren Beiträge zur Hälfte durch Arbeit"nehmer" und Arbeit"geber" gezahlt werden) ausgegliedert und durch Steuern finanziert werden, die vor allem von den Massen getragen werden. Das Krankengeld soll gänzlich der Privatvorsorge überlassen und die vom Lohn zu zahlenden Zuschüsse zu Arztbesuch und Medikamenten drastisch erhöht werden. Das ist faktischer Lohnraub.

Den Rentnern, d.h. den aus der Sicht des Kapitals verbrauchten Arbeitskräften, sollen die Rentenanpassungen gekürzt werden.

Sozialdemokratischer 'Kampf gegen Arbeitslosigkeit' heißt Kündigungen zu erleichtern: Der Kündigungsschutz soll weitreichend gelockert werden. Betriebe mit bis zu fünf Beschäftigten sollen künftig unbegrenzt Leih- und Zeitarbeiter einstellen können, ohne dass für alle Beschäftigten der Kündigungsschutz gilt. Zugleich appellierte Schröder an die Tarifpartner, sich bei Bedarf auf Öffnungsklauseln zu einigen. "Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber handeln" (ebd.). Kommunisten kämpfen gegen alle Entlassungen. Sollte das Kräfteverhältnis jedoch nicht ausreichen, sie zu verhindern, so treten sie für das sogenannte Senioritätsprinzip ein: Wer zuletzt angestellt wurde, wird zuerst entlassen und bei möglichen Wiedereinstellungen wird zuerst wieder eingestellt, wer zuletzt entlassen wurde. Dadurch soll verhindert werden, dass Unternehmen sich bei Entlassungen bevorzugt unliebsamer oder älterer, leistungsschwächerer Arbeiter entledigen und nur die willfähigen oder jüngeren, effizienten und billigeren behalten. Genau dies will Schröder aber den Bossen erlauben:

"Schließlich werden wir die Sozialauswahl so umgestalten, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Leistungsträger unter den Beschäftigten im Unternehmen gehalten werden" (ebd.).

Während sein Wirtschafts- und Sozialminister Wolfgang Clement eine Beschneidung der Betriebsräte ankündigt, befiehlt Schröder Betriebsräten und Gewerkschaften den Ausverkauf von Arbeiterinteressen in be-

trieblichen Bündnissen für Arbeit, d.h. gegen Arbeiter:

"Artikel 9 des Grundgesetzes gibt der Tarifautonomie Verfassungsrang. Das ist nicht nur ein Recht, das ist auch eine Verpflichtung. Damit verpflichtet es die Tarifpartner jedoch zugleich, Verantwortung für unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen. Hier kann und darf niemand Einzelinteressen über die gesamtgesellschaftliche Entwicklung stellen. Ich erwarte, dass sich die Tarifparteien entlang dessen, was es bereits gibt, aber in weit größerem Umfang, auf betriebliche Bündnisse einigen, wie das in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben."

Schröder, Clement, Hartz und Rürup: Die Bekämpfung der Arbeitslosen

Man muss das angekündigte Maßnahmenpaket in Zusammenhang mit den bereits mit Unterstützung der Gewerkschaftsspitzen beschlossenen Hartz-Paketen sehen.

Die Hartz-Gesetze verlangen eine Meldepflicht: Beschäftigte werden gezwungen sobald sie von ihrer Entlassung erfahren, dies dem Arbeitsamt zu melden - sonst drohen Kürzungen der Bezüge. Womit vor allem ein weiterer Vorwand gefunden wurde, staatliche Leistungen zu kürzen. Denn der angebliche Zweck, dem Arbeiter ein frühzeitiges Finden einer neuen Stelle zu erleichtern, wird dadurch ad absurdum geführt, dass auf Druck der Unternehmensverbände die Freistellung der Arbeitskraft für Vermittlung, Training und Stellensuche gestrichen wurde. Druck wird dagegen auf die Arbeitslosen ausgeübt, sich bei den Stellenangeboten immer mehr zumuten zu lassen: Pendelzeiten bis zu 2,5 Stunden sind zulässig und darüber hinaus gilt: "Sind in einer Region unter vergleichbaren Arbeitnehmern längere Pendelzeiten üblich, bilden diese den Maßstab" (Sozialgesetzbuch III, §121, Abs. 4). Insbesondere nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit ist in der Regel zukünftig nahezu jeder Umzug zumutbar.

Ältere Arbeiter werden im Hartz-Paket diskriminiert: Ab 53 darf die Anstellung ohne jeden sachlichen Grund befristet werden. Dabei sind der Befristung der Beschäftigung nun keine Grenzen mehr gesetzt. Dies macht Ältere zu Freiwild und setzt sie erhöhtem Lohn- und Leistungsdruck aus, während sie bei nachlassender Leistungsfähigkeit leicht zum alten Eisen geschmissen werden können - kostengünstig ohne Sozialplan und Abfindungen. Dadurch wird das Einkommen älterer Beschäftigter sinken - besonders das bei der Festlegung der Rente anzurechnende Einkommen. Gleichzeitig plant die Rürup-Kommission das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre hochzusetzen. Es ist nicht davon auszugehen, dass Firmen, die schon bei 55-jährigen abwinken, nun 65-jährige en masse behalten oder gar einstellen werden. Aber das ist auch gar nicht beabsichtigt; dem Staat erlaubt diese Regelung höhere Abstriche bei der Rente. Dies zwingt Arbeiter zur privaten Altersvorsorge aus dem eigenen Einkommen. Dadurch wird nicht nur beim sogenannten Arbeitgeberanteil der Rentenversicherung gespart. Dies ist fak-

tischer Lohnraub; denn natürlich ist keine entsprechende Erhöhung der Löhne geplant. Vielmehr wird diskutiert die Steuerbegünstigungen für die private Altersvorsorge (z. B. durch Kapitallebensversicherungen) zu streichen - jetzt wo die Lohnabhängigen ohnehin praktisch zu solchen Geldanlagen gezwungen sind.

Leiharbeit wird generell gefördert. Zusammen mit den geplanten Lockerungen des Kündigungsschutzes wird so ein kapitalfreundliches Heuern und Feuern erleichtert. Bei Leiharbeit muss in den ersten sechs Wochen kein Tariflohn gezahlt werden, sondern nur in Höhe des Arbeitslosengeldes netto entlohnt werden. Ausserdem fällt die Höchstgrenze von 24 Monaten für Überlassung an dasselbe Unternehmen weg. Das Verbot, dass die Dauer der Anstellung beim Verleihunternehmen nicht identisch mit der Entleihdauer sein darf, fällt weg. Damit können Zeitarbeitsfirmen ihre Arbeitskräfte nach Auftragslage einstellen und entlassen.

Die Konsequenzen dieser Deregulierung liegen auf der Hand:

Das Kapital kann auf diesem Umweg befristete Arbeitsverhältnisse auf jeder Alterstufe einführen und zumindest Teile der Kernbelegschaft damit ohne den bisherigen Kündigungsschutz aufbauen. In Bereichen ohne große Einarbeitungszeit, können immer wieder sechswöchige Entleihungen deutlich unter dem Tariflohn vorgenommen werden. Diesen Vorteilen für die Kapitaleseite entsprechen spiegelbildliche Nachteile für die Arbeiter: Festanstellungen werden behindert, Entlassungen nach wirtschaftlichem Bedarf erleichtert; es gibt noch weniger Sicherheit auf ein geregeltes Einkommen, erhöhten Leistungsdruck durch faktisch ständige Kündbarkeit sowie Druck auf Tarifstandards und -löhne.

Bei den Minijobs wird durch die Hartz-Gesetze die Einkommensgrenze auf 400 Euro angehoben, während gleichzeitig die Begrenzung der Stundenzahl auf 15 wöchentlich ersatzlos wegfällt. Dadurch wird es noch leichter den Stundenlohn zu drücken. Ein Effekt, der nicht ohne Wirkung auf alle Lohnabhängigen bleiben wird. Gleichzeitig erstrahlt mit der Ich-AG die in der letzten Legislaturperiode noch verpönte Scheinselbstständigkeit in neuem Glanz. Alles in allem wird zukünftig ein zunehmender Teil der Belegschaften aus älteren, dauerbefristeten Beschäftigten sowie jüngeren Leiharbeitern und scheinselbstständigen Ich-AGlern bestehen - rechtloser, billiger und flexibler als Festangestellte tragen sie das erhöhte Risiko der kapitalistischen Marktwirtschaft. Ziel bürgerlicher Politik ist es, den so entstehenden Konkurrenzdruck gegen die verbleibenden Festangestellten zu lenken, um Deregulierung und Rechtlosigkeit zum Normalzustand zu machen.

Zusammengefasst bedeuten die 'Reformen' die Erleichterung von Entlassungen und Einsparungen durch zahlreiche Leistungskürzungen in Milliardenhöhe. Dabei soll eine Zweiteilung in der Versorgung institutionalisiert werden, die sich an der Verwertbarkeit und Vermittelbarkeit der Arbeitskraft orientiert. Auf Arbeitskräfte, nach denen voraussichtlich noch eine Nachfrage besteht, wird der Druck erhöht, schneller auch Jobs zu schlechteren Bedingungen anzunehmen.

Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen sollen sich auf sie konzentrieren. Sie sollen dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben - als Konkurrenz und Reservearmee. Schwer vermittelbare "Langzeitarbeitslose" fallen dagegen faktisch aus dem Arbeitsmarkt heraus. An der Erhaltung und Reproduktion ihrer Arbeitskraft hat der Kapitalismus angesichts des Überflusses an Arbeitskräften kein besonderes Interesse. Die Kosten für ihren Lebensunterhalt sollen deshalb so weit wie politisch möglich gesenkt werden. ABM- und Qualifizierungsmaßnahmen werden ihnen gekürzt, ihr Lebensstandard um durchschnittlich 250 Euro pro Monat auf Sozialhilfeniveau gesenkt - ergänzt allenfalls um Gelegenheitsjobs im Niedriglohnbereich, der durch diese Leistungskürzungen wieder "attraktiv" werden soll. Diese Deregulierung dient dazu, die Arbeiterklasse weiter zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Insgesamt wird so der Sog nach unten auf das ganze Tarifsystem verstärkt und der Flächentarif untergraben.

Das Programm des Kapitals: Verteilung der Arbeit auf immer weniger Hände bei vollem Lohnraub

Seit dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa sehen das Kapital und seine Politiker keinen Anlass mehr zur vorsorglichen Rücksichtnahme. Nach den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten soll das Sozialsystem zerschlagen werden, weil es nur noch ein Wettbewerbsnachteil im globalen Konkurrenzkampf um Märkte und Einflussgebiete ist.

Dass Arbeitslosigkeit heute von der bürgerlichen Politik als ein großes Problem thematisiert wird, liegt nicht an der Arbeitslosigkeit an sich sondern an den Ansprüchen der Erwerbslosen: Arbeitslosigkeit wäre für das Kapital nämlich an sich kein Problem sondern im Gegenteil ein Segen, der sich z. B. prima zur Lohndrückerei eignet, würden Arbeitslose ebenso wie unproduktive Rentner den bürgerlichen Staat nicht Jahr für Jahr Milliarden kosten. Deshalb droht etwa Wolfgang Clement (SPD) Jugendlichen bis 25 Jahren mit Arbeitszwang statt Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Die Sozialleistungen waren politische Zugeständnisse des Kapitals, zu denen es sich angesichts stark veränderter Kräfteverhältnisse nicht mehr gezwungen sieht.

Während eine gewisse soziale Absicherung von Erwerbslosen ein Ergebnis von Klassenkämpfen ist, ist die Arbeitslosigkeit selbst ein 'Naturprodukt' des Kapitalismus.

Kapital ist Wert, der eingesetzt wird, um mehr Wert anzuhäufen. Nur die menschliche Arbeitskraft schafft - eingesetzt als Lohnarbeit - Wert. Sie ist daher auch die einzige Quelle von Mehrwert, weil zu ihrer Wiederherstellung weniger Arbeit nötig ist, als sie leisten kann. Doch obwohl nur die Arbeit Wert erzeugen kann, werden durch die Konkurrenz jene Kapitalisten belohnt, die ihre Produkte mit besonders wenig Arbeit herstellen, indem sie rationalisieren. Die Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen könnte eigentlich für alle eine positive Wirkung haben, wenn die Wirtschaft planvoll und an den Bedürfnissen der Menschen

orientiert gestaltet würde. Im Kapitalismus muss die Wirtschaft jedoch der Profitmaximierung einer kleinen Minderheit von Kapitalisten dienen.

Je größer der Anteil des Kapitals wird, der in Maschinen statt menschliche Arbeitskraft gesteckt wird, um so kleiner wird der von Arbeitern produzierte Mehrwert im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Diese Entwicklung führt zum sogenannten tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate, d. h. des Bruches aus Mehrwert durch Kapital. Die Mittel der Unternehmer gegen diese sinkenden Profite sind noch mehr Rationalisierung und Entlassungen sowie vor allem Senkung des Lohns und Verlängerung der Arbeitszeit bei den verbleibenden Arbeitern, um durch deren verstärkte Ausbeutung die Mehrwertmasse zu erhöhen.

Rationalisierung bedeutet im Kapitalismus daher Entlassung, denn es soll ja nicht nur Arbeit, sondern Lohn eingespart werden, um den Profit zu steigern. Gleichzeitig erfordert der Profit, dass die verbliebenen Arbeiter möglichst lang und intensiv für möglichst wenig Geld arbeiten. Deshalb führt technologischer Fortschritt nicht einfach zu einer massiven Arbeitsentlastung und Wohlstand für alle sondern zu Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit sowie Sozialabbau und Lohnraub.

Kein Kapitalist würde auf die Idee kommen, die Segnungen der Technik zu nutzen, um die Arbeitszeit für alle zu verkürzen, während ihr Lebensstandard gleich bleibt oder sogar steigt. Aber nur dadurch können die Arbeiter in den Genuss des technischen Fortschritts kommen. Die Durchsetzung dieser elementaren Forderung ist eine Frage der Macht und Stärke der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist so groß, ihre Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft so zentral, dass sie die soziale Macht hat, die Gesellschaft nach ihren Interessen zum Wohle der ganzen Menschheit zu gestalten. Aber die Arbeiterklasse ist heute ein schlafender Riese - systematisch eingeschläfert durch ihre reformistischen Führungen in Sozialdemokratie, PDS und Gewerkschaften.

Opposition? Teil1: SPD-"Linke" Ärzte im Krankenbett des Kapitalismus

Das gebetsmühlenartig wiederholte Mantra der reformistischen Opposition gegen die Regierungspläne lautet:

BOLSCHEWIK 
Internationale Bolschewistische Tendenz (Gruppe Spartakus)

**A b o n n i e r t d e n
B O L S C H E W I K !**

**4 AUSGABEN PLUS SONDERAUSGABEN:
5 EURO**

**Gruppe Spartakus, Postfach 100601,
47006 Duisburg**

Internet: www.bolshevik.org

E-Mail: GruppeSpartakus@compuserve.de



Schröder und SPD-„Linker“ Ottmar Schreiner

"Ich habe kein Verständnis, wenn ein SPD-Kanzler Strukturveränderungen nur gegenüber den Arbeitnehmern vorschlägt, aber die Spitzen von Wirtschaft und Politik völlig außen vor lässt. ... Dass ausgerechnet ein SPD-Kanzler diese soziale Ausgewogenheit vergisst, halte ich für bemerkenswert" (*Welt am Sonntag*; 6. April 2003).

Diese Sätze sind schon die ganze politische Substanz der Kritik von SPD-„Linken“, PDS und Gewerkschaftsbürokraten an Schröders "Blut, Schweiß und Eisen"-Politik. Dass diese Worte im Originalton allerdings von Edmund Stoiber (CSU) stammen, sagt eigentlich schon alles über den politischen Charakter dieser 'Opposition' aus.

Angesichts des Sturmangriffs auf Arbeiterinteressen und -rechte verschreibt diese Vereinigung der Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus nichts anderes als die längst gescheiterte keynesianistische Quacksalberei der Nachfrageförderung durch Staatsverschuldung. Vielleicht wird Schröder sie mit ein paar ohnehin (z. B. aus Verfassungsgründen) nötigen Änderungen ruhig stellen. Eine ernsthafte Verteidigung gegen die bürgerliche Offensive stellt dies nicht dar.

Allzu ernst ist es ihnen mit ihrem Widerstand allerdings ohnehin nicht. Die parlamentarischen Schwachköpfe von der SPD-"Linken" gedenken keineswegs ihre politische Karriere zu opfern, indem sie sich heldenhaft der neoliberalen Abrissbirne in den Weg zu schmeißen, sondern hoffen laut Michael Müller, SPD-Fraktionsvize und Sprecher der Parlamentarischen Linken, brav auf "Gestaltungsspielräume" bei der "parlamentarischen Umsetzung":

"Man muss schon wissen, dass wir natürlich als Parlament versuchen wollen, die Ausgewogenheit des Gesamtkonzeptes zu sichern. ... Ich glaube, es hängt an der Frage, wer da am Ende zustimmt, ob uns genau dies gelingt" (*Deutschlandfunk*, 17.03.2003).

Was für eine Vorstellung: Das Schicksal Millionen Arbeiter und Arbeitsloser in Deutschland am nicht vorhandenen Rückgrat sozialdemokratischer Parlamentarier hängend - ein seidener Faden wäre dagegen ein Stahlseil.

Beim Auftritt von Wirtschafts- und Sozialminister Wolfgang Clement vor der SPD-Fraktion gab es stürmi-

schen Beifall statt eines Sturms der Entrüstung. Derselbe Michael Müller gab gleich nach der Ankündigung des SPD-Sonderparteitages die Linie für den Rückzug aus: Ein paar Detailkorrekturen seien nötig, aber der Notwendigkeit der "Reform" der Sozialsysteme könne man sich nicht verschließen. Denn sonst verschärfe sich die wirtschaftliche und soziale Krise, was rassistische und rechtsradikale Tendenzen fördere und dies könne doch kein Sozialdemokrat verantworten.

Es ist unwahrscheinlich, dass der pseudo-linke Sturm im Wasserglas dem "Alles oder ich" des Kanzlers auf dem SPD-Sonderparteitag Anfang Juni standhalten wird. Und wenn schon: Das mag zwar Schröder in eine Regierungskrise stürzen, wird aber den Sozialabbau nicht stoppen. Die SPD-"Linke" will ja nur Ausgewogenheit der Angriffe - nicht Klassenkampf dagegen. Ihr fehlt jegliche Fähigkeit eine wirkliche Alternative durchzusetzen. Denn angetrieben wird sie nicht von der Sorge um Arbeiter und Erwerbslose sondern von der Angst, die SPD könne ihren Einfluss und ihre Kontrolle in der Arbeiterbewegung verspielen. Die SPD-Vorsitzenden Hessens und des Saarlandes, Andrea Ypsilanti und Heiko Maas, werfen Schröder vor, seine Sozialpolitik treibe wegen ihrer Unausgewogenheit "viele der treuesten und aktivsten Mitglieder" aus der Partei.

Trotz des derzeit niedrigen Standes der Klassenkämpfe in Deutschland strapaziert Schröders Frontalangriff den der bürgerlichen Arbeiterpartei innewohnenden Widerspruch zwischen pro-kapitalistischer Führung und proletarischer Basis, zwischen bürgerlicher Politik und Verankerung in der Arbeiterbewegung bis zum Zerreißen. Während Revolutionäre versuchen die SPD entlang ihres inneren politischen Klassenwiderpruches zu zerlegen, versuchen die SPD-Linken die Risse zu kitten und die Arbeiter weiter an die Sozialdemokratie und so an das kapitalistische Elend zu ketten.

Opposition? Teil 2: PDS Verschmähte Liebhaber des deutschen Imperialismus

Schützenhilfe erhalten die SPD-Linken dabei von der PDS. Im Bundestagswahlkampf führte die PDS letztlich auf Kosten des eigenen Erfolges einen Pro-Schröder/Anti-Stoiber-Wahlkampf. Auf Landesebene teilt sich die PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit der SPD die Verantwortung beim sozialen Kahlschlag. Auf Bundesebene zur parlamentaristischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, wettet die PDS zwar gegen die Regierungspolitik:

"Massiver Widerstand gegen sozialen Kahlschlag" sei notwendig und die "PDS unterstützt auch weiterhin Betroffene, die sich gegen die herrschende Politik wehren, und will Menschen ermutigen, gegen Ungerechtigkeit zu opponieren. Zugleich verweist sie auf Wege aus der Massenarbeitslosigkeit: Arbeitszeitverkürzung in vielfältigen Formen, Qualifizierung der Arbeitsmarktpolitik, zielgerichteter Ausbau öffentlicher Beschäftigung, bürgernahe Reform des öffentlichen Dienstes, aktive Struktur- und Regionalpolitik."

In Berlin ist diese PDS-Politik Punkt für Punkt in der Praxis zu besichtigen: Arbeitszeitverlängerung für die Angestellten und Beamten des Landes, Abbau Tausender Stellen im öffentlichen Dienst und in der Sozialarbeit, Schließung von öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken, Schwimmbädern, Jugendzentren, usw., Kürzung kommunaler Mittel.

Ulla Jelpke hat Recht, wenn sie in einem Beitrag für die Junge Welt vom 12.10.2002 feststellt, "die Regierungspolitik [ist] der Maßstab unserer Glaubwürdigkeit" und "Wenn in Berlin die Ausstattung der Kitas drastisch verschlechtert wird, wenn Schwimmbäder geschlossen werden und die Gewerkschaften von SPD und PDS mit der Forderung konfrontiert werden, faktisch aus dem Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst auszusteigen, dann ist das mit linker Politik und unserem Anspruch, wir wollten eine 'soziale und solidarische' Gesellschaft, unvereinbar. Fordern wir nicht seit Jahren eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung? Wie ist das mit den enormen Kürzungen vereinbar, die der SPD-PDS-Senat den Berliner Bezirken aufdrückt? Ich fürchte, wenn die PDS in Berlin so weitermacht, wird sie bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen noch ganz andere Stimmenverluste erleben als jetzt bei der Bundestagswahl."

Die bürgerliche Arbeiterpartei PDS erlebt die gleichen Widersprüche wie die SPD. Ulla Jelpke, die kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum kritisieren zwar hin und wieder von einem linksreformistischen Standpunkt aus im Brustton der Empörung die PDS, hoffen aber diese reformieren zu können. Doch die PDS und ihr innerer Klassenwiderspruch sind nicht zu kurieren: Eher verlieren PDS oder SPD ihren Charakter als Arbeiterparteien, als den pro-kapitalistischen Charakter ihrer Politik zu überwinden. Für die proletarische Basis ist die Abspaltung von der reformistischen PDS die einzige Alternative.

Immer mehr PDS-Mitglieder treten enttäuscht aus: z. B. in Duisburg verließen Stadtratsabgeordnete die PDS, in Mecklenburg-Vorpommern bildete sich eine sogenannte marxistische Opposition (vgl. *BOLSCHEWIK* Nr. 18) und im Saarland kam es im Januar nach einem Auftritt der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer zu einem kollektiven Austritt und der Gründung eines Netzwerks junger Genossen. Vielfach bedeutet der Austritt die Rückwendung zu teilweise bizarrer ML-Politik stalinistisch/maoistischer Prägung à la DKP und KPD. Die Rückkehr in die Sackgasse der gescheiterten Politik des Sozialismus in einem Lande bedeutet reformistischen Volksfrontverrat, d.h. Anbiederung an und Unterordnung unter sogenannte fortschrittliche bürgerliche Kräfte etwa in der Friedensbewegung und der Antiglobalisierungsbewegung. Damit einher geht eine klassisch sozialdemokratische Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm: Den radikalen sozialistischen Sonntagsreden stehen Sofort- und Aktionsprogramme minimaler Tagesforderungen gegenüber. Eine Brücke zwischen Reform und Revolution existiert bei dieser Politik nicht einmal in der Theorie, geschweige denn in der Praxis. Deshalb verbinden sich radikale Reden im Abstrakten immer wieder mit opportunistischem Verrat im Praktischen. Eine revolutionäre



Zeitarbeit und Leiharbeit - Werkzeuge der bürgerlichen Offensive gegen die Arbeiterklasse

Alternative zur PDS muss diese Eckpfeiler stalinistisch-reformistischer Politik bewusst überwinden. Zu diesem Zweck ist eine ernste, offene und faire Diskussion zwischen all denen notwendig, die ehrlich nach einer proletarischen Revolution streben.

Opposition? Teil 3: Gewerkschaftsführung Feinde in den eigenen Reihen

Die Gewerkschaftsspitzen reden von massivem Widerstand und 'drohen' mit dem ganzen zahnlosen Waffenarsenal des Reformismus: Vorgeschlagen werden unisono quer durch die Gewerkschaftsvorstände Klagen vor bürgerlichen Gerichten, Demonstrationen mit Appellen an die Bundesregierung, ihren Kurs zu überdenken, sowie ein "heißer Mai" in dem Kundgebungen den Protest auf die Strasse tragen sollen. Verdi-Vize Margret Mönig-Raane erläutert die Politik des Verdi-Vorstandes:

"Wir wollen versuchen, die Menschen in Bewegung zu bringen. Wir werden dazu aufrufen, mit ihren Abgeordneten zu reden und denen klar zu machen, welche schädlichen Auswirkungen die Pläne des Kanzlers hätten" (Reuters, 05.04.2003).

Diese Bürokraten wollen den Widerstand gegen Schröders Kahlschlag überall hintragen nur nicht dahin wo es weh tut: in die Betriebe. Notwendig sind Streiks in den Betrieben, ein Generalstreik im ganzen Land, stattdessen organisieren die Gewerkschaftsbürokraten ein großes kollektives Dampfablassen im Freien. In Wirklichkeit teilen sie nämlich Schröders Einsicht in die Notwendigkeit neoliberaler Grausamkeiten. "Reformen ja" lautet das offizielle gewerkschaftliche Motto für den 1. Mai.

Es ist geradezu lächerlich, wenn sie der Regierung den Bruch ihrer Wahlversprechen vorwerfen. Von Wahlbetrug seitens der SPD kann keine Rede sein. Nicht nur die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sondern auch die Hartz-Pläne, deren logische Weiterentwicklung die neuen Vorhaben sind, sind Teil des SPD-Wahlprogramms gewesen und wurden von den Gewerkschaftsführungen unterstützt.

Wenn die Gewerkschaftsbürokraten das "Reformen

ja" für den 1. Mai um ein "Sozialabbau nein Danke!" ergänzen, die Einseitigkeit von Schröders Plänen kritisieren und daher tönen, mit ihnen wäre kein Sozialabbau zu machen, so ist das zutiefst heuchlerisch. Sie haben jeden Sozialabbau einschließlich der Hartz-Pläne mitgetragen. Während sie einerseits Drohgebärden machen, bieten sie andererseits Kapitulationsverhandlungen an, wenn man sie wieder an den runden Tisch lässt:

"Der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, zeigte sich bereit, über Änderungen der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen zu sprechen. ... Auch DGB-Chef Michael Sommer hatte seine Bereitschaft erklärt, 'über alle Vorschriften im Arbeitsrecht zu sprechen'" (Handelsblatt, 19.02.2003).

Und der Vorstand der IG Metall, einer der stärksten deutschen Gewerkschaften, ernennt mit dem "Reformer" Berthold Huber jemanden zum Vize, der laut Rheinischer Post erklärtermaßen die Axt an den Flächentarifvertrag legen will:

"Huber, der nach eigenen Worten die Gewerkschaften von ihrem Blockierer-Image befreien will, gilt ... als hartnäckiger und eher stiller Modernisierer. In den viereinhalb Jahren an der Spitze des traditionsreichen und mächtigen Bezirks Baden-Württemberg hat er sich als Verfechter einer innovativen Tarifpolitik hervorgetan. Als Zweiter Vorsitzender wäre er Herr über die gesamte Tarifpolitik der IG Metall.

Der studierte Philosoph plädierte bereits lange, bevor sich die öffentliche Kritik auf vermeintlich reformresistente Gewerkschaftsfunktionäre konzentrierte, für Tarifverträge, bei denen ein Teil der Entgelterhöhung von bestimmten im Betrieb ausgehandelten Vereinbarungen abhängig gemacht werden könnte."

Mit solchen Führern ihrer Organisationen brauchen Arbeiter eigentlich keine Feinde mehr. Die Gewerkschaftsführungen bereiten Verrat, Ausverkauf und Sabotage des Klassenkampfes vor. Sie sind lediglich empört darüber, dass der Kanzler auf ihr Co-Management beim sozialen Kahlschlag verzichten will. Ihre Drohgebärden sollen dazu dienen, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen: Sozialabbau nur mit uns!

Die reformistischen Bürokraten ordnen als Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung die Interessen der Arbeiterklasse systematisch den Kapitalinteressen von Systemerhalt bis Standortkonkurrenz unter. Als Unterhändler besteht ihre Aufgabe vor allem darin, der eigenen Basis faule Kompromisse zu verkaufen und so den Klassenkampf im Interesse der Bourgeoisie und ihrer Regierung friedlich zu halten. Dies erfordert a) eine Abgabe von Teilen der imperialistischen Extraprofite an die Bürokraten quasi als Provision und Korruption; b) kleinere materielle Zugeständnisse an Teile der Arbeiterklasse, um deren Zustimmung zu erkaufen und c) eine gewisse taktische Rücksicht, was Wucht und Tempo der Angriffe angeht.

Die Bourgeoisie ist mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass sie diese Rücksichten teils weniger, teils gar nicht mehr nehmen will. Insbesondere stellen die Gewerkschaften als proletarische Massenorganisationen trotz ihrer gegenwärtigen reformistisch-bürokratischen Entartung einen Machtfaktor dar, der ein

gewaltiges Bollwerk gegen Lohnraub und Sozialabbau sein kann. Das Kapital und seine Politiker wittern derzeit die Chance den Gewerkschaften verheerende Niederlagen beizubringen und ihnen das Rückgrat zu brechen, ganze Bereiche der Wirtschaft vom Einfluss der Gewerkschaften und auch der Betriebsräte zu "befreien" und den Organisationsgrad der Arbeiter so drastisch zu senken. Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um Macht, um das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern in diesem Land. Bei aller Kritik am reformistischen offiziellen Kurs der Gewerkschaften verteidigen wir sie gegen diese Angriffe - aber wir sagen auch offen und ehrlich: Einer der gefährlichsten Feinde bei diesem Abwehrkampf ist der Feind in den eigenen Reihen:

Feuert die reformistische Gewerkschaftsführung! Im Kampf um die Führung der Gewerkschaften treten wir für den Aufbau klassenkämpferischer Gewerkschaftsfaktionen auf einem Programm des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein.

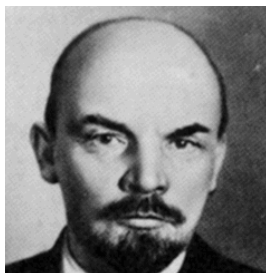
Revolution, Programm, Partei

Um die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Sparzwängen des Kapitalismus voranzutreiben, braucht es ein Übergangsprogramm; also ein System von Forderungen, das die grundlegenden Bedürfnisse der Lohnabhängigen aufgreift und zugleich ihr antikapitalistisches Bewusstsein fördert. Ausgehend von einer kompromisslosen Verteidigung der Arbeiterinteressen muss der Kampf für Übergangsforderungen die Einsicht verbreiten, dass ohne die Errichtung einer Arbeiterregierung und die Abschaffung des Kapitalismus die Bedürfnisse der Arbeiter bestenfalls vorübergehend und sehr begrenzt befriedigt werden.

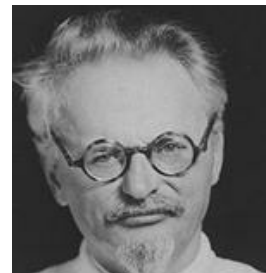
Ein revolutionäres Übergangsprogramm stellt dem Programm des Kapitals "mehr Arbeit für weniger Lohn" und der Plage der Erwerbslosigkeit die Forderung nach der Verteilung der Arbeit auf alle Hände durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gegenüber. Es stellt dem Geschäftsgeheimnis und den Bilanzfälschungen der Konzerne sowie der arbeiterfeindlichen und allein profitorientierten Steuerung der Produktion durch die Kapitalisten und ihre Manager die Forderung nach der Offenlegung der Bücher und aller Geschäftsvorgänge sowie nach einer Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter gegenüber.

Zu diesem Zweck propagiert es die Organisierung der Arbeiter in Fabrikkomitees und landesweiten Räten. Diese Organe der Arbeitermacht sind auch berufen, das Kapital zu enteignen und an die Stelle der Profitgier und Marktanarchie eine Planung der Wirtschaft mit dem Ziel der Bedürfnisbefriedigung zu setzen.

Auf die Repression durch den Staat des Kapitals, dessen private Sicherheitsdienste und die anwachsenden faschistischen Terrorbanden reagiert das Übergangsprogramm mit der Bewaffnung der Arbeiterklasse, dem Aufbau von Arbeitermilizen und dem Sturz des bürgerlichen Staates durch eine Arbeiterregierung.



Kommunismus, Anti-Imperialismus & Krieg



Das Wesen kommunistischer Politik erschöpft sich nicht in einzelnen Aspekten wie Anti-Rassismus oder Anti-Imperialismus. So wichtig diese auch sein mögen, sie leiten ihre Berechtigung aus dem Kern kommunistischer Politik ab. Dies verbietet eine verkürzte Sichtweise und Praxis in Teilbereichen kommunistischer Politik, wie dem Anti-Imperialismus. Nur so kann der Anti-Imperialismus revolutionär sein und nicht durch eine unzulässige Verkürzung zu einem Nachtrab hinter (neo-)kolonialen Bourgeoisien werden. Den Wesenskern kommunistischer Politik fasste Engels in "*Grundsätze des Kommunismus*" ebenso kurz wie präzise zusammen:

"Was ist der Kommunismus? ... Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats!"

In diesem Sinne ist nur jenes Verständnis des Anti-Imperialismus wirklich kommunistisch, das zur Befreiung der Arbeiterklasse taugt. Keinesfalls unterstützen Kommunisten jedes "anti-imperialistische" Abenteuer, wie den Anschlag auf das World Trade Center und seine Arbeiter, oder den Überfall Argentiniens 1982 auf die von ca. 2000 Briten und vielen Schafen bewohnten Falklandinseln, mit dem die Junta einen drohenden Generalstreik abwenden wollte. Andererseits verlangt die praktische Befreiung der Arbeiterklasse in der wirklichen Welt etwas mehr, als einfach nur gegen den Kapitalismus zu sein. Der heutige Kapitalismus zeichnet sich durch die Unterdrückung und Ausplünderung (neo-)kolonialer Länder durch die imperialistischen Großmächte aus. Im Interesse der Arbeiterbefreiung verteidigen Kommunisten unterdrückte Nationen in ihrem Kampf gegen ihre imperialistischen Unterdrücker und setzen alles daran, deren Niederlage herbeizuführen.

In diesem Sinne schrieb Lenin 1915 in "*Sozialismus und Krieg*":

"Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das 'gerechte' Kriege, 'Verteidigungs'kriege, *unabhängig* davon, wer als erster angegriffen hat, und *jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber - über die 'Groß'mächte - sympathisieren*" (Lenin-Werke, Bd. 21).

Die reformistischen Irreführer der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Gewerkschaften dagegen schwanken allenfalls zwischen Patriotismus und Pazifismus, denn die imperialistischen Extraprofite aus der Ausplünderung der 3. Welt sind die finanzielle Basis ihrer Privilegien. Die aktive Unterstützung der (Neo-)

Kolonien wurde mit dem 1. Weltkrieg zu einer Gretchenfrage, um die reformistische Spreu vom revolutionären Weizen zu trennen. Es ist leicht und billig, vom zukünftigen Sozialismus zu schwärmen. Es erfordert wirkliche revolutionäre Überzeugung und Mut, in den konkreten Fragen der Ausplünderung und Unterdrückung der (Neo-)Kolonien gegen den Strom der eigenen Bourgeoisie, ihrer Medien, des "nationalen Interesses" und der "öffentlichen Meinung" zu schwimmen. Wir wollen diejenigen sammeln und organisieren, die das Rückgrat besitzen, sich offen und aufrecht auf die Seite der Unterdrückten zu stellen. Deshalb betonen wir in unserer Propaganda das Wesentliche beim imperialistischen Angriff auf eine (Neo-)Kolonie: Die Notwendigkeit letztere bedingungslos militärisch zu verteidigen.

Kommunistische Kriterien

Für die grundsätzliche Einschätzung eines Krieges spielt nämlich weder die Frage, wer angefangen hat, noch die Frage der Regierungsformen (Parlament oder Diktatur) eine direkte oder gar ausschlaggebende Rolle. Entscheidend ist vielmehr das Verhältnis des Krieges und der Kriegsparteien zum Klassenkampf.

"Die Marxsche Methode besteht vor allem darin, daß der *objektive* Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen konkreten Augenblick, in der jeweiligen konkreten Situation berücksichtigt, daß vor allem begriffen wird, die Bewegung *welcher* Klasse die Haupttriebfeder für einen möglichen Fortschritt in dieser konkreten Situation ist" (Lenin: *Unter fremder Flagge*, Werke Bd. 21).

"Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren" (Lenin: *Sozialismus und Krieg*; Werke Bd. 21)

Das grundlegende Kriterium zur Beurteilung eines Krieges ist für Marxisten die Frage, "ist er geeignet, die Entwicklung der Produktionskräfte, der Staatsformen, die Beschleunigung der Konzentration der proletarischen Kräfte wirksam zu fördern oder umgekehrt sie zu hemmen" (Trotzki: *Der Krieg und die Internationale*)? In diesem Rahmen stellt "ein unabhängiger Nationalstaat für vorkapitalistische Länder eine fortschrittliche historische Stufe" dar (Trotzki: *Leon Trotsky Works 1935-36*; eigene Übersetzung).

Dies bedeutet, dass Arbeiter und Arbeiterinnen im Interesse ihrer zukünftigen Befreiung unterentwickelt gehaltene Länder im Krieg mit ihren imperialistischen



Unterdrückern bedingungslos verteidigen, um die zukünftige Revolution und die Produktivkraftentwicklung des jeweiligen Landes gegen eine doppelte und dreifache Fesselung zu verteidigen.

So erklärte Trotzki 1935 angesichts des italienischen Angriffs auf Äthiopien, dass Kommunisten für die Niederlage Italiens und den Sieg Äthopiens eintreten und deshalb alles unternehmen müssen, um durch Arbeiteraktionen die Unterstützung der italienischen Kolonialisten zu behindern und die Bewaffnung Äthopiens zu fördern.

Der damalige äthiopische König Haile Selassie war sicher nicht weniger reaktionär als der Militärdiktator Hussein. Aber ein italienischer Sieg hätte das faschistische Regime Mussolinis und den Imperialismus insgesamt gestärkt sowie die Kolonialvölker entmutigt. Dagegen hätte ein Sieg Äthopiens selbst unter Haile Selassie, den Imperialismus als Ganzes erschüttert, die Arbeiter in den imperialistischen Ländern gegen ihre Regierung aufgebracht und die rebellischen Massen der unterdrückten Völker ermutigt, gegen ihre Herren aufzustehen. "Man muss schon völlig blind sein, um dies nicht zu sehen" sagte Trotzki.

Klassenkampf und Militärische Verteidigung

Klassenbewußte Arbeiter verteidigen deshalb auch 3.Welt-Diktaturen gegen sogenannte demokratische Imperialisten. "Demokratische" Imperialisten würden im Falle eines Sieges nur eine Diktatur gegen eine andere austauschen und gleichzeitig dem Land doppelte und dreifache wirtschaftliche und politische Fesseln anlegen: Wir sehen dies in Afghanistan, wo die Besatzungstruppen eine islamistische Regierung stützen und die Macht der Stammesfürsten aufrecht erhalten, während die Frauen nach Angaben afghanischer Frauenrechtsorganisationen nach wie vor geknechtet sind. Im Irak soll Hussein zunächst eine amerikanische Militärdiktatur folgen. Die von den USA gesponsorte irakische Exilopposition besteht aus Ex-Generälen mit blutigen Händen, fanatischen schiitischen Ayatollahs, kurdischen Stammesführern sowie einem Anwärter auf einen irakischen Königsthron aus dem jordanischen Herrscherhaus der Haschemiten - eine reaktionäre Mixtur, die sich an der Macht von Husseins Ba'ath-

Regime vor allem dadurch unterscheiden wird, dass sie bereitwillig die verstaatlichten irakischen Ölbetriebe an ihre imperialistischen Mentoren verhökert.

Saddams Schlächtereien an Kommunisten und Kurden fanden mit Wohlwollen und aktiver Unterstützung des Westens statt. Aber er hat auch die britischen Ölfirmen im Irak enteignet und verstaatlicht. Die Ölgewinne wurden sowohl in den Aufbau der irakischen Wirtschaft und Infrastruktur (inklusive Alphabetisierung, Agrarreform und Sozialsystem) gesteckt als auch in die irakische Militärmacht. Profit und Macht sollen zukünftig wieder allein den Imperialisten gehören. Mit einem Teil des Ölreichtums werden sie sich Handlanger unter den einheimischen Eliten kaufen. Seines Ölreichtums beraubt, wird es keine wirtschaftliche Entwicklung des Iraks geben, sondern die Durchsetzung seiner Unterentwicklung mit allen notwendigen und schmutzigen Mitteln. Gegen diese Aggression mussten klassenbewußte Arbeiter das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität des Iraks verteidigen, ohne den Sturz Saddams zur Bedingung zu machen.

Die entscheidende anti-imperialistische Kraft ist die Arbeiterklasse, unterstützt von den armen Bauern und den unterdrückten Minderheiten. Diese Kräfte wurden vom Ba'ath-Regime seit Jahrzehnten brutal unterdrückt. Husseins Herrschaft sabotierte daher den anti-imperialistischen Kampf - er ist letztlich nur ein in Ungnade gefallener Dritte-Welt-Despot. Deshalb stand der Kampf für den Sturz Saddams durch die Arbeiter- und Bauernmacht nicht im Widerspruch zur militärischen Verteidigung des Iraks: Revolutionäre Verteidigung ist die beste Verteidigung.

Eine solche Verteidigung hat - anders als die für westliche Arbeiter wenig inspirierenden Figuren wie Husseins - das Potential, die Arbeiter im Herzen des Imperialismus zu mobilisieren, um den Irak und andere (Neo-)Kolonien zu verteidigen. Sie können die Herrschenden dort treffen, wo es weh tut. Vor, während und nach Friedensdemonstrationen geht das Leben und Arbeiten in den Fabriken, Firmen und Behörden ungehindert seinen gewohnten Gang. Arbeiterstreiks dagegen können die Bestie lahmlegen.

Wenn sie den Irak verteidigen, verteidigen Arbeiter in den USA und anderen imperialistischen Ländern ihre eigenen Interessen:

Die Operation "Irakische Freiheit" begann mit der Unterdrückung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in den USA. Anti-arabischer und anti-muslimischer Rassismus macht sich breit und die Kriegskosten werden auf die Arbeiter abgewälzt. In der BRD rüstet der verlogene 'Friedenskanzler' die Bundeswehr milliardenschwer auf, während er gleichzeitig zum Sozialraub im großen Stil ansetzt. Raub und Unterdrückung nach außen bedeutet Raub und Unterdrückung nach innen. Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Kämpfe gegen den Raubkrieg mit denen gegen Lohn- und Sozialraub sowie gegen den Abbau demokratischer Rechte und rassistische Unterdrückung verbinden. Ihre Macht kann die imperialistische Bestie nicht nur stoppen, sie kann sie stürzen und den Weg für eine andere Welt des Friedens und der sozialistischen Entwicklung der ganzen Menschheit öffnen.

Sozialistische Alternative Voran:

Wer von der Revolution nicht reden will, sollte vom Frieden schweigen

Mit *Jugend gegen Krieg* versucht die SAV-Führung, das Wasser der Anti-Kriegsbewegung auf die eigenen Mühlen zu lenken. Auch wir wollen, dass eine sozialistische Alternative an Boden gewinnt, aber ist die SAV wirklich eine sozialistische Alternative? Der Krieg ist eine Nagelprobe für die gesamte Arbeiterbewegung und Linke. Er spitzt alle politischen Fragen zu und entlarvt dadurch jede politische Halbherzigkeit und sozialistische Tarnung bürgerlicher Politik.

Sozialisten und Krieg

Die Stellung der Sozialisten zum Krieg fasste Lenin 1915 zusammen und verteidigte dabei mitten im 1. Weltkrieg politisch das Basler Manifest der Sozialistischen Internationale gegen die sozialdemokratischen Verräter, welche die Arbeiter aller Länder in den imperialistischen Brudermord schickten:

"Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Friedensfreunde und Friedensprediger) und der Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der **Unmöglichkeit die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen**, ferner auch dadurch, daß wir die **Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen**, d.h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren. Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Greuel, Bestialitäten, Leiden und Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d.h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten, da sie halfen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z.B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft) und die barbarischsten Despoten Europas (die türkische und die russische) zu untergraben. Wir müssen daher die historischen Besonderheiten eben des jetzigen Krieges untersuchen" (Lenin: **Sozialismus und Krieg**; Werke Bd. 21; in allen Zitaten fette Hervorhebungen durch *BOLSCHEWIK*).

Die "historische Besonderheit ... des jetzigen

Krieges" ist der Überfall des stärksten imperialistischen Räubers dieser Welt auf ein wirtschaftlich rückständiges und abhängiges Land, das dabei in bester Kolonialherrenart seiner politischen Unabhängigkeit und Souveränität beraubt wird. Besonders bei Kriegen zwischen imperialistischen Räubern und unterentwickelt gehaltenen Ländern

"... erkannten und erkennen jetzt noch die Sozialisten die Berechtigung, den fortschrittlichen und gerechten Charakter der 'Vaterlandsverteidigung' oder des 'Verteidigungskrieges' an. Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, Verteidigungskriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und **jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber - über die 'Großmächte' - sympathisieren**" (ebd.).

Die **Notwendigkeit des revolutionären Bürgerkrieges**, um die Klassengrundlage des (imperialistischen) Krieges zu beseitigen und die **Verteidigung der unterdrückten (Neo-)Kolonien** gegen die großen Räuberstaaten - das sind zwei unverzichtbare Grundprinzipien eines sozialistischen Programms gegen den Krieg.

Die Politik der SAV in der Kriegsfrage propagiert weder das eine noch das andere und ist daher keine sozialistische Alternative, sondern sie verbindet vielmehr die durch Lenin beschriebenen Schwächen von Pazifismus und Anarchismus.

SAV, Krieg & nationale Selbstbestimmung

Statt zur entschlossenen Verteidigung des Irak aufzurufen, propagiert die SAV eine sozialpazifistische "Stoppen den Krieg"-Position, die pauschal gegen Krieg ist - ohne Rücksicht auf die kleine "historische Besonderheit", dass es einen gewaltigen Unterschied dazwischen gibt, ob der Krieg mit einem Sieg der USA oder des Irak endet:

"Rosa Luxemburg hat die Alternative, vor der die Menschheit steht einmal mit der Frage 'Sozialismus oder Barbarei?' beschrieben. Mit Bush, Blair, Schröder und Saddam würde die Barbarei siegen" (Rede von Sascha Stanicic, SAV-Bundessprecher, bei der Schülerdemonstration gegen den Krieg in Berlin am 25.2.2003; <http://www.sav-online.de/modules.php?name=News&file=article&sid=379>).

Saddam muss gestürzt werden - durch die irakischen Arbeiter und Bauern, die an die Stelle des Ba'ath-Regimes ihre eigene antikapitalistische Diktatur, die Rätewacht, setzen. Doch die SAV hat anderes im Sinn:



„Bildung statt Bomben“-Pazifismus verhindert keine Kriege

"Es ist die Aufgabe des irakischen Volkes Saddam zu stürzen und sein Regime durch neue, demokratische Strukturen zu ersetzen. Dass dies möglich ist, haben die indonesischen Massen 1998 beim Sturz des Suharto-Regimes und die jugoslawischen ArbeiterInnen beim Sturz von Milosevic im Jahr 2000 bewiesen" (*Ein sozialistisches Programm gegen den Krieg*; http://www.sav-online.de/m/Antikriegsprogramm_web.PDF).

In Jugoslawien wie Indonesien wechselte die Macht nur von einer bürgerlichen Clique zu einer anderen. Der Machtwechsel etwa von dem veralteten, autoritären Milosevic-Regime zu den pro-westlichen, neoliberalen Cliquen um Djindjic und Kostunica hat weder an der Ausbeutung noch der Unterdrückung der Arbeiter irgend etwas Wesentliches geändert (für eine ausführliche Analyse siehe BOLSCHEWIK Nr. 15 Mai 2000; www.bolshevik.org/deutsch/15/15Yugoslavia.html). Das Pendant zur jugoslawischen Opposition um Kostunica und Co. wäre die irakische Exilopposition aus Ex-Generälen, kurdischen Stammesführern und schiitischen Ayatollahs.

Das im Hinblick auf den Krieg unmittelbar Wichtigste ist: Im Interesse der irakischen Arbeitermacht muss der Irak gegen die imperialistische Aggression militärisch verteidigt werden, auch unter Hussein. Die SAV fordert in ihrem *Antikriegsprogramm* zu Recht: "Schluss mit der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und **aller** unterdrückten Völker. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker". Aber wie kann man das Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Völker verteidigen, wenn man den Irak, jetzt wo er seiner Souveränität und nationalen Selbstbestimmung beraubt wird, nicht offen verteidigt?

SAV, Krieg & Revolution

Wie in ihrer ganzen Politik so auch in der Kriegsfrage schleichen die angeblichen Sozialisten von der SAV um die Revolution wie die Katze um den heißen Brei:

SAV-Bundessprecher Sascha Stanicic erklärt zu recht, "eine ... imperialistische Welt muss Kriege hervorbringen", umgeht aber die einzig logische Konsequenz, dass "**insbesondere ... der Gedanke grund-**

falsch [ist], daß ein sogenannter demokratischer Frieden ohne eine Reihe von Revolutionen möglich sei" (*Lenin-Werke* Bd. 21, S. 152).

Um die Wirtschaft sozialistisch umgestalten zu können, muss die Arbeiterklasse zuerst ihre Macht errichten. Dazu bedarf sie einer Revolution.

Da mag die SAV vielleicht **formal** noch zustimmen. In letzter Zeit bezeichnet die SAV sich nämlich hin und wieder als revolutionär-sozialistisch:

"Revolutionär, weil wir die Macht der kleinen Minderheit von Banken und Konzernen beenden wollen und die Macht in den Händen der Mehrheit der Bevölkerung sehen wollen" (*Wir lassen uns nicht spalten*); <http://www.sav-online.de/modules.php?name=News&file=article&sid=436>).

Sozialistische Wirtschaft "setzt eine sozialistische Revolution voraus. Die Aufgabe der sozialistischen Revolution ist es, die Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen und demokratische Verwaltungsorgane der Arbeiterklasse an Stelle des bürgerlichen Staatsapparats aufzubauen. Das ist möglich, wenn die Macht der Arbeiterklasse zum richtigen Zeitpunkt entschlossen eingesetzt wird, um die Herrschaft der Kapitalisten zu brechen". Doch diese alles- und nichtssagende Passage ist im Prinzip auch schon alles, was die SAV in ihrem 13-seitigen Grundsatzprogramm zum Thema Revolution zu sagen hat (vgl. Grundsatzprogramm der SAV, www.sav-online.de/m/grundsatzprogramm_der_sav.rtf).

Deshalb bleibt das Gerede von der Revolution im Mund der SAV eine harmlose Phrase, denn darüber, wie die Macht vom Kapital zur Arbeiterklasse wechseln soll, schweigt sie sich geflissentlich aus.

Unter einer Revolution verstehen wissenschaftliche Sozialisten seit Marx die Zerschlagung des bürgerlichen Staates: "**Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich**" (Lenin: *Staat und Revolution*).

Das marxistische Programm legt deshalb u. a. großen Wert auf die Frage der Arbeiterbewaffnung. Die Revolution errichtet als Übergangsregime die Diktatur des Proletariats gegen das Kapital:

"Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats* erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-)Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das *wirkliche* Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein" (Lenin: *Staat und Revolution*; Hervorh. im Orig.).

Anders die SAV und ihre englische Mutterorganisation *Militant*. Für sie erstreckt sich die Theorie des Klassenkampfes nicht auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Die sozialistische Revolution führt laut Grundsatzprogramm der SAV zunächst zur *Arbeiterdemokratie*, die noch umgeben ist von feindlichen kapitalistischen Staaten. Die angeblichen Sozialisten von der SAV haben aber nichts besseres zu tun, als diese Arbeiterdemokratie zu entwaffnen: "Die Rüstungsproduktion und andere gesellschaftlich schädliche Produktion würden auf eine alternative sinnvolle Produktion umgestellt."

Jahrzehntelang präsentierte sie sich als Parteigängerin des friedlichen Wandels. Sie betrachtete z.B. in England eine Mehrheit für Labour plus Druck auf der Strasse (damit Labour sich nach links bewegt) als die "revolutionäre Umgestaltung der Machtverhältnisse" und schwärmte von einem friedlichen Weg zum Sozialismus. Peter Taffee, der Chefideologie der CWI (der internationalen Strömung, der die SAV angehört), schreibt:

"Nach Meinung von denen (der Bourgeoisie; Anm. BOLSCHEWIK) befürworten Marxisten Gewalt, weil sie Gewalt als unvermeidlich vorhersehen, angesichts dessen wie die kapitalistische Gesellschaft funktioniert. Ganz im Gegenteil! Sie befürworten ein kühnes sozialistisches Programm, das die Unterstützung und das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen kann und die Mittelklasse hinter sich bringen kann. Weit davon entfernt Gewalt zu provozieren, macht dies eine friedliche sozialistische Transformation Britanniens möglich" (Peter Taffee and Tony Mulhearn, Liverpool - *A City That Dared To Fight*, S. 81; eig. Übersetzung).

Offensichtlich hat die Bourgeoisie mehr vom Marxismus verstanden als die SAV.

Die SAV ist nicht einmal in Worten revolutionär, sie treibt Versteckspiel mit dem wissenschaftlichen Inhalt des Revolutionsbegriffs. In ihrer Polemik gegen Linksruck (http://www.sav-online.de/m/welcher_weg_zum_sozialismus.pdf) schreibt die SAV selbst,

"dass es nicht ausreicht mächtige Organisationen aufzubauen, sondern, dass es notwendig ist, diese Organisationen mit einem klaren marxistischen Programm, einer Strategie und Taktik auszurüsten, die eine sozialistische Revolution zum Sieg führen können. Die Rechtfertigung der Existenz verschiedener marxistischer Organisation ist gerade die Bedeutung von Programm, Methode, Strategie und Taktik". Wohl wahr.

Enteignung und Entmachtung

Dieser Reformismus schlägt sich zwangsläufig in der Anti-Kriegspolitik der SAV nieder, die in bester reformistischer DKP-Manier "Brot statt Bomben!" fordert. Das pseudo-sozialistische SAV-Antikriegsprogramm verlan-

"Abrüstung statt Aufrüstung - für die Überführung der Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum bei Kontrolle und Verwaltung durch demokratisch gewählte Komitees der arbeitenden Bevölkerung. Umstellung der Produktion auf zivile Produkte. Stopp aller Waffenexporte."

Von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution ist im Antikriegsprogramm der angeblich 'sozialistischen' Alternative überhaupt keine Rede. Nicht einmal die schwammige Vorstellung einer sozialistischen Revolution aus dem Grundsatzprogramm der SAV schafft es bei der Anbiederung an die friedensbewegten Massen in das Antikriegsprogramm der SAV.

Aber was heißt dann "öffentliches Eigentum" - ohne Revolution kann dies nur Staatseigentum bedeuten - d.h. Eigentum des imperialistischen Staates. In diesem

Fall wäre die Arbeiterkontrolle reine Makulatur.

Wissenschaftliche Sozialisten, d.h. Marxisten, haben keinerlei Illusion in die Reformierbarkeit des bürgerlichen Staates und in eine friedliche Einführung des Sozialismus im Rahmen der parlamentarischen, d.h. bürgerlichen Demokratie.

Solange die Machtfrage nicht durch eine Zerschlagung des bürgerlichen Staates und den Aufbau einer Diktatur des Proletariats geklärt ist, kann die Klärung der Eigentumsfrage im Sinne der SAV keine fortschrittliche Wirkung haben: Die Rüstungsindustrie direkt in den Händen des Staates, der mit seiner Armee Krieg um die Aufteilung der Welt führt - darin kann nur jemand einen Fortschritt sehen, der glaubt, dass die Kontrolle der 'bösen' Rüstungskonzerne über den eigentlich 'guten' Staat der Grund für Kriege sei:

"Solange mächtige Konzerne mit dem Verkauf von Waffen viel Geld verdienen können, solange wird es immer einen Grund geben, Kriege zu führen" (SAV: Ein sozialistisches Programm gegen den Krieg).

Ist es nicht eher umgekehrt so: Solange Staaten als politische Fortsetzung der wirtschaftlichen Konkurrenz aller Monopole um die Aufteilung der Welt Krieg führen und dafür Rüstungsaufträge vergeben, wird es immer einen Grund geben, viel Kapital in Rüstung zu investieren. Der bestehende Staat ist nicht besser als das Kapital, dessen kollektiver politischer Ausschuss er ist. Eine Umstellung auf zivile Produkte wird es unter einem solchen Staat nicht geben. Sozialisten wollen die Rüstungsindustrie in seinen Händen genauso wenig wie in denen des Kapitals sehen.

Einige SAVler mögen "öffentliches Eigentum" als ein anderes Wort für sogenanntes sozialistisches Eigentum betrachten. Sozialismus setzt aber Revolution voraus; sozialistisches Eigentum beginnt als Eigentum des durch diese Revolution geschaffenen Arbeiterstaates. Das Antikriegsprogramm der SAV kommt ohne Revolution aus, der Sozialismus nicht.

Frieden, Bürgerkrieg & Sozialismus

Als Revolutionäre halten wir es für richtig, entsprechend der Entwicklung des Klassenkampfes konkrete Übergangsforderungen nach der Enteignung besonderer Kapitalgruppen aufzustellen. Dabei lassen wir aber nicht die geringsten Illusionen bezüglich des bürgerlichen Staates aufkommen. Im Gegenteil:

"Genauso fordern wir die Enteignung der monopolistischen Gesellschaften der Kriegsindustrie, der Eisenbahnen, der wichtigsten Rohstoffquellen usw.

Der Unterschied zwischen diesen Forderungen und der verwaschenen reformistischen Losung der 'Nationalisierung' besteht in folgendem:

Wir lehnen die *Entschädigung* ab;

Wir warnen die Massen vor den Scharlatanen der Volksfront, die zwar ein Lippenbekenntnis für die Nationalisierung abgeben, in Wirklichkeit aber Agenten des Kapitals bleiben;

Wir rufen die Massen dazu auf, nur auf ihre revolutionäre Kraft zu vertrauen;

Wir verbinden die Frage der Enteignung mit der

Frage der Arbeiter und Bauernmacht" (*Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale*).

Die Scharlatanerie der Volksfront besteht übrigens genau darin, die Arbeiter glauben zu machen, irgendein nennenswerter Fortschritt in ihrem Interesse wäre möglich ohne revolutionäre Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Von Spanien 1938 über Indonesien 1965 bis Chile 1973 wurde dieser Irrweg wieder und wieder brutal im Blut Tausender Arbeiter ertränkt. Deshalb warnen wir entschieden vor jeder Illusion, Frieden könne es ohne revolutionären Bürgerkrieg geben und die Eigentumsfrage könne ohne gewaltsame Errichtung der Arbeitermacht gelöst werden. Deshalb verbinden wir die Frage der Enteignung der Kapitalisten mit der Frage

nach der Bewaffnung der Arbeiter. Die Arbeiter werden die Rüstungsbetriebe nicht übernehmen, um zivile Produkte herzustellen, sondern um sich mit Waffen für den revolutionären Bürgerkrieg zu versorgen - alles andere wäre eine pazifistische und selbstmörderische Entwaffnung der Arbeiter, die sicher nicht zur Enteignung des mächtigen Kapitals führen wird. Erst wenn der Sozialismus weltweit gesiegt hat, kann man Schwerter zu Pflugscharen schmieden. Es ist nutzlos und gefährlich, ein schönes Ziel zu propagieren, ohne klar den Weg dorthin zu nennen. Wer wirklich eine sozialistische Alternative sucht, sollte sich fragen: Warum redet die SAV viel über die sozialistische Utopie aber nie über das, was nötig ist, damit sie im Klassenkrieg siegen kann?

Fortsetzung von Seite 8, SPD / Grüne rüsten für...

Wenn diese Forderungen von Revolutionären systematisch und auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes zugeschnitten in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden, können sie die arbeitenden Massen zum erfolgreichen Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und die neoliberalen Angriffe mobilisieren. Die bereits beschlossenen Pläne müssen und können so zurückgeschlagen werden, die noch ausstehenden Pläne abgewehrt werden. Ein unbefristeter Generalstreik - geführt von unabhängigen, jederzeit wähl- und abwählbaren Streikkomitees - kann dabei eine mächtige Waffe der Arbeiterschaft sein. Ein 24-stündiger Generalstreik, wie ihn die Sozialistische Alternative Voran (SAV) vorschlägt, ist dagegen ein linksreformistischer Witz.

Die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Klassenkämpfe müssen dabei verbunden werden mit dem Kampf gegen den "rot"-grünen Staatsrassismus durch Einwanderungsbeschränkungen, Abschiebeterror, Festung Europa und Rasterfahndung, gegen Repression und Überwachungsstaat sowie gegen Militarismus und Imperialismus. Es ist die Aufgabe von Revolutionären alle Kämpfe gegen Ausbeutung und

Unterdrückung mit Hilfe des Übergangsprogramms um die Achse des revolutionären Klassenkampfes zu bündeln. So können sie den Arbeitern helfen, die spontane Tendenz zur ökonomistischen Beschränkung ihrer Kämpfe zu überwinden und den Blick auf das große Ganze zu lenken: Nur eine sozialistische Arbeiterrevolution kann ihre tagtäglichen Probleme radikal und anhaltend lösen.

Für diese Aufgabe muss die Arbeiterklasse ihre völlige politische und organisatorische Unabhängigkeit von jeder bürgerlichen Politik erreichen - nur so kann sie die Führung aller Unterdrückten im Kampf um Befreiung übernehmen. Das wichtigste Element für einen effektiven Klassenkampf ist daher ein völliger Bruch mit den Illusionen in die Sozialdemokratie - egal ob in SPD, PDS oder DGB-Führung.

Notwendiges Mittel dazu ist der Aufbau einer revolutionären Partei, bewaffnet mit einem Programm, das es den Arbeitern erlaubt, erfolgreiche Abwehrkämpfe zu führen und schließlich aus der Defensive herauszukommen und zur Offensive gegen das ganze kapitalistische System überzugehen. Ein solches Programm bietet nur der revolutionäre Marxismus wie er von der Vierten Internationale gegen jeden Volksfrontverrat verteidigt wurde.

Fortsetzung Seite 20, Die Linke im Krieg

Der aktuelle US-Versuch, direkte Kontrolle über irakisches Öl zu erlangen, hat Jahre offiziellen Gewäschs über die Herrschaft des Rechts, die friedliche Beilegung von Differenzen und die Rolle der UNO als Vermittlerin bei Konflikten der Weltgemeinschaft zerstört. Der amerikanische Leviathan hat seinen Willen klar gemacht, bornierte nationale Interessen durchzusetzen ohne Rücksicht auf internationales Recht, diplomatische Nettigkeiten oder gar die Empfindlichkeiten größerer Spieler wie Deutschland und Japan.

Dieser neue Unilateralismus der Vereinigten Staaten, der ihnen von ihren imperialistischen Verbündeten übelgenommen wird, hat bei vielen aus den internationalen radikalen/liberalen Kreisen eine Art von Ersatz-Anti-Imperialismus populär gemacht. Auf dem letztens veranstalteten Treffen von Antiglobalisierungsaktivisten in Florenz für das Europäische Sozial Forum

(ESF) stellte Susan George fest: "Nach dem Irak wollen die Vereinigten Staaten eine Präsenz in vielen Orten rund um die Welt. Sie wollen ein Weltreich basierend auf ökonomischer Herrschaft errichten" (Zitiert nach *Socialist Worker* [Britannien], 23. 11. 2002; eigene Übersetzung). Die Vereinigten Staaten haben bereits ein Reich, aber George hat recht, dass die Eroberung des Irak, indem sie die US-Kontrolle über das Öl des Mittleren Ostens verstärkt, weitere brutale Attacken der einzigen "Supermacht" der Welt vorbereiten wird.

Bolschewismus und neokoloniale Kriege

Die imperialistische Aggression gegen den Irak stellt einen Test für jeden vorgeblichen Sozialisten dar. Das Thema ist einfach und die marxistische Position ist unzweideutig:

"Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Ruß-

land usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, Verteidigungskriege, *unabhängig* davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber - über die 'Groß'mächte - sympathisieren." (Lenin: *Sozialismus und Krieg*; LW Bd. 21)

Die Dritte (oder Kommunistische) Internationale, von Lenin und den Bolschewiki nach dem sozialpatriotischen Verrat der sozialdemokratischen Parteien im Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen, stellte "21 Bedingungen" für die Aufnahme, von denen eine erklärte, dass Revolutionäre in allen imperialistischen Ländern "verpflichtet" sind,

"die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen."

Diese Position wurde von Trotzki und der Linken Opposition nach der stalinistischen Degeneration der Kommunistischen Internationale verteidigt. Als Mussolini 1935 Äthiopien angriff, antwortete Trotzki unmittelbar darauf:

"Natürlich sind wir für die Niederlage Italiens und den Sieg Äthiopiens und deswegen müssen wir alles uns mögliche tun, um mit allen Kräften die Unterstützung des italienischen Imperialismus durch andere imperialistische Kräfte zu verhindern und zur gleichen Zeit, so gut wir können, Waffenlieferungen an Äthiopien fördern." (Trotzki: *Der italienisch-äthiopische Konflikt*; 17. 07. 1935; eigene Übersetzung)

Trotzki hatte nicht mehr Sympathie für Haile Selassie, unter dessen Herrschaft die Leibeigenschaft bestehen blieb, als Revolutionäre heutzutage für Saddam Hussein haben, einen blutigen Diktator und langjährigen imperialistischen Aktivposten. Aber Marxistinnen und Marxisten widersetzen sich bedingungslos allen und jeglichen imperialistischen Angriffen auf "unterentwickelte" Länder aus Gründen, die Trotzki beim Äthiopien-Krieg folgendermaßen umriss:

"Wenn Mussolini triumphiert, bedeutet das die Bekräftigung des Faschismus, die Stärkung des Imperialismus und die Entmutigung kolonialer Völker in Afrika und sonst wo. Der Sieg des Negus, würde dagegen einen gewaltigen Schlag nicht nur gegen den italienischen Imperialismus, sondern gegen den Imperialismus als Ganzes bedeuten und würde rebellischen Kräften unterdrückter Völker einen kraftvollen Impuls verleihen. Man muss schon völlig blind sein, um das nicht zu sehen." (Trotzki: *Über Diktatoren und die Gipfel von Oslo*; 22. 04. 1936; eigene Übersetzung)

Trotzki sprach das gleiche Thema erneut, von einer leicht anderen Perspektive aus, ein paar Jahre später an:

"In Brasilien regiert nun ein semi-faschistisches Regime, das jeder Revolutionär nur mit Hass betrachten kann. Lasst uns annehmen, England würde morgen in einen militärischen Konflikt mit Brasilien treten. Ich fra-



Demonstration vor dem Weissen Haus 1990

ge Euch, auf welcher Seite des Konflikts würde die Arbeiterklasse stehen? Ich werde für mich persönlich antworten - in diesem Falle bin ich auf der Seite des 'faschistischen' Brasilien gegen das 'demokratische' Großbritannien. Warum? Weil es in diesem Konflikt nicht um die Frage von Demokratie oder Faschismus geht. Wenn England siegreich sein sollte, wird es einen anderen Faschisten in Rio de Janeiro einsetzen und Brasilien in doppelte Ketten legen. Wenn Brasilien auf der Gegenseite siegreich sein wird, so wird dies dem nationalen und demokratischen Bewusstsein einen mächtigen Impuls verleihen und wird zur Absetzung von Vargas Diktatur führen. Die Niederlage Englands wird zur gleichen Zeit dem britischen Imperialismus einen Schlag versetzen und der revolutionären Bewegung des britischen Proletariats einen Impuls verleihen." (Trotzki: *Anti-imperialistischer Kampf ist der Schlüssel zur Befreiung*; 23. 09. 1938; eigene Übersetzung)

Das oben beschriebene Szenario ist voll und ganz auf heutzutage anwendbar, wenn wir "Irak" für Brasilien und die "USA" für England einsetzen. Dennoch betrachten die meisten "leninistischen" und "trotzkistischen" Organisationen dieser Welt heute die Positionen, die von Lenin und Trotzki aufgestellt wurden, als absurd sektiererisch. Ihre Einstellungen gleichen denen Karl Kautskys, des ursprünglichen "demokratisch-sozialistischen" Gegners des Bolschewismus, der den Imperialismus lediglich als eine schlechte politische Entscheidung betrachtete, die durch genug öffentlichen Druck korrigiert werden könne.

Healyistische Cheerleader und irakische Kollaborateure

Während die Antworten der meisten linken Gruppen auf die Bedrohung des Iraks als sozialpazifistisch charakterisiert werden können, gibt es auch Ausnahmen. Die britische Workers Revolutionary Party - ein Überbleibsel von Gerry Healys gleichnamiger Organisation politischer Banditen - jubelte Saddam Husseins nahezu 100%ige Unterstützung in einem grob manipulierten Referendum als eine "absolut unvorhergesehene Demonstration durch das gesamte irakische Volk" (*Newsline*, 19. 10. 2002) hoch. Nach Ansicht der WRP hat das imperialistische Tyrannisieren nur den "Erfolg gehabt, die nationale Revolution" unter Saddam Husseins Führung "wieder zu entfachen", "eine Errungenschaft,

die sie [die Imperialisten] teuer zu stehen kommen wird".

Die traurige Wahrheit ist, dass die Brutalität von Saddam Husseins Herrschaft viele Irakis die Errichtung eines US-Marionetten-Regimes oder sogar eine US-Besatzung vorbehaltlos begrüßen lässt. Ein Gefühl, das die Irakische Kommunistische Partei scheinbar begierig anzapfen will. In einem Statement vom 28. September 2002 mit dem Titel "Solidarität mit dem irakischen Volk für Frieden und Demokratie" fordern diese Kollaborateure ein "Verstärken der politischen und diplomatischen Isolation von Saddams diktatorischem Regime" im Namen der "Menschenrechte".

Die ex-stalinistischen Humanisten der Kommunistischen Arbeiterpartei des Irak sprechen sich wenigstens gegen einen US-Angriff aus, bestehen aber darauf, Saddam Hussein mit George Bush gleichzusetzen und weigern sich, eine Seite zwischen diesen beiden zu beziehen. Diese Sichtweise wird von vielen 'Linkskommunisten' und Anarchisten geteilt, die unter dem Banner "Kein Krieg sondern Klassenkrieg" marschieren. Dieser links klingende Slogan ist nichts weiter als eine Erklärung der Neutralität in Konflikten zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen. Während viele jugendliche Aktivisten diese Formel auf den Irak anwenden, wenden sie sie nicht im Falle des palästinensischen Kampfes gegen zionistische ethnische 'Säuberungen' oder den irisch-republikanischen Widerstand gegen die britische Besatzung an.

"Massen"-Anti-Kriegs-Bewegungen als Volksfronten

Eine gemeinsame Sichtweise unter scheinbar revolutionären Organisationen ist, dass imperialistische Aggression am besten mit "breiten", d. h. liberalen, reformistischen Anti-Kriegs-Mobilisierungen entgegen getreten werden kann. In den Vereinigten Staaten war die stalinophile Workers World Party (WWP) der Hauptinitiator hinter den großen nationalen Anti-Kriegs-Demonstrationen. Die gleiche Rolle spielte in Großbritannien Tony Cliffs Socialist Workers Party (SWP) [hierzulande: Linksruck] und in Frankreich die Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR - Flaggship der Reste des Vereinigten Sekretariats) [hierzulande: Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)]. In jedem dieser Fälle wird den 'Revolutionären' erlaubt, Lautsprecheranlagen zu stellen, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, Plakate zu drucken und Ordner zu stellen. Aber die politische Analyse bleibt den wichtigen Personen (Liberalen, Sozialdemokraten, Pfaffen und Gewerkschaftsfunktionären) überlassen, die eingeladen werden, um diese Plattformen zu schmücken und den Veranstaltungen Respektabilität und Legitimität zu verleihen. Wenn Mitglieder der 'revolutionären' Gruppe es auf die Bühne schaffen, dann als Repräsentanten einer weichgespülten Frontorganisation und sie nehmen kaum Bezug auf Marxismus, Sozialismus oder "Revolution". Sie sind niemals so unfreundlich, die Gastsprecher zu kritisieren.

In den USA von "breiten" Anti-Kriegs-Bewegungen zu sprechen, bedeutet um Unterstützung von 'fortschrittlichen' bürgerlichen Politikern wie Jesse Jackson

oder Teddy Kennedy zu buhlen. Auf Veranstaltungen der WWP gibt es kein unfreundliches Wort für liberale Demokraten. Außerhalb der USA werden die klassenkollaborationistischen Aspekte durch Appelle an ihre 'eigenen' imperialistischen Herren ausgedrückt, den Irak vor den bösen Amerikanern zu schützen. Die Uneinigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und ihren schwächeren imperialistischen Rivalen hat keinen progressiven Inhalt - vielmehr spiegeln sie nur die unterschiedlichen Interessen und spezifischen Gewichte der verschiedenen nationalen Bourgeoisien wider. Die jüngste Aufregung über das "unilaterale" Einschüchtern des Irak durch die USA verlieh dem UN-Sicherheitsrat nur die Legitimität, eventuell Unterstützung für Washingtons Kampagne zu geben.

In Frankreich begann die Anti-Kriegs-Aktivität der LCR am 9. September mit einem Aufruf zur Vereinigung "aller Pazifisten" (vermutlich einschließlich ihrer selbst) in einer Bewegung, um die Euro-Imperialisten dazu zu "zwingen", einen US-Angriff abzuwehren:

"In den Straßen, den Arbeitsplätzen, den Nachbarschaften, lasst uns die Kräfte aller Pazifisten einen. Lasst uns gemeinsame Komitees und Demonstrationen organisieren. Lasst uns unsere Regierungen, Chirac und Schröder, zwingen, mit Bush zu brechen und den dreckigen Krieg zu verhindern."

Die LCR initiierte am 12. Oktober 2002 einen nationalen Protesttag, basierend auf einer von 20 Organisationen unterzeichneten, gemeinsamen Erklärung:

"Wir akzeptieren nicht die Vorstellung eines 'Präventivkrieges', vorangetrieben durch die USA, der in absolutem Widerspruch zu der UN-Charta steht. ... Frankreich muss diesen Krieg ablehnen. Es kann und muss sein Veto im UN-Sicherheitsrat nutzen. Es muss zudem mit seinen europäischen Partnern für eine politische Verhandlungslösung sorgen." (*Rouge*, 3. 10. 2002 eigene Übersetzung)

Sich vor der imperialistischen Propaganda in Bezug auf die Bewaffnung des Irak beugend, sprach sich diese gemeinsame Erklärung auch für "die Erneuerung von regionalen und globalen Abrüstungsprozessen, insbesondere im Mittleren Osten ..." aus. Die LCR war offenbar ein wenig verlegen, nahm es aber hin: "Wenn auch zahlreiche Formulierungen dieses Aufrufes einen Kompromiss repräsentieren, so nimmt doch der breite geeinte Charakter den Erfolg vorweg, der den ersten Tag der Proteste auszeichnen kann"

Die britische SWP: Beste Organisatoren des Sozialpazifismus

Am 28. September 2002 hielt die "Stop the War-Coalition" (StWC) der SWP in London eine riesige Demonstration ab, die 300.000 Menschen anzog. Vor 2000 Radikalen des Europäischen Sozial Forums in Florenz sprechend gab Lindsey German, in Personalunion Anführerin der SWP und Sprecherin der StWC, der Aktion einen linken Dreh:

"Lindsey argumentierte, dass die Anti-Kriegs-Bewegung in Britannien so stark war, weil sie einen 'klaren Standpunkt zur Frage des Imperialismus bezog. Wir verstanden, dass dies ein Krieg für Öl und US-Vor-

macht war. Wir weigerten uns, den Standpunkt zu übernehmen, dass die Taliban oder Saddam Hussein gleich starke Gegner für den US- und britischen Imperialismus sind." (*Socialist Worker* (Britannien), 16. 11. 2002; eigene Übersetzung)

Doch in einem Artikel der *Socialist Review* merkte Lindsey an, dass eine der "wichtigen Entscheidungen", die das Fundament für den Erfolg der StWC gelegt hätten, war:

"Sie hat ein spezifisch anti-imperialistisches Programm zurückgewiesen, indem sie argumentierte, dass alle, die Krieg, rassistische Übergriffe und Angriffe auf Bürgerrechte ablehnen, dazu eingeladen sind, mitzumachen. Die Mitgliedschaft auf diejenigen zu beschränken, die ein Verständnis vom Imperialismus haben, würde sie von breiter Unterstützung abschotten."

Es ist keineswegs prinzipienlos, sich an einer Einheitsfront mit Sozialdemokraten, Pazifisten und Geistlichen auf der Basis einer gemeinsamen Opposition zu einem bestimmten imperialistischen Abenteuer zu beteiligen. Aber für Revolutionäre liefern solche Bündnisse eine Möglichkeit, die Überlegenheit des marxistischen Programms gegenüber dem wirren Reformismus zu zeigen. Die SWP hat dagegen eine Bewegung organisiert, von der jede Form marxistischer Politik erfolgreich ausgeschlossen ist. SWP-Interventionen in der StWC sind genauestens darauf zugeschnitten, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu kommen, den auch Sozialdemokraten, Bischöfe, und Gewerkschaftsbürokraten teilen, deren Unterstützung als wichtig für den 'Erfolg' der Bewegung gesehen wird. Die Abwesenheit von jeglichem 'gottlosem Kommunismus' auf Koalitionstreffen machte es für die SWP auch leichter, einen Block mit Islamisten zu bilden. Seit die Clifflites 1979 Ayatollah Khomeinis arbeiterfeindliche "Islamische Revolution" hochjubelten, neigen sie dazu, die 'progressive' Seite des islamischen Fundamentalismus zu sehen (siehe *Islam, Imperium und Revolution; BOLSCHEWIK* Nr. 19).

Neben Baronin Uddin vom House of Lords schloss die Gruppe der Sprecher auf der Demonstration vom 28. September auch Reverend Peter Price, den Bischof von Bath und Wells ein, der die Gelegenheit nutzte, Saddam zu verurteilen und die "legitime Rolle" der UN-Waffeninspektoren zu empfehlen:

"Lasst uns unmissverständlich sagen, dass wir Saddam und sein Regime als wirkliche Bedrohung für sein eigenes Volk, die Nachbarländer und die Welt sehen. Saddam muss die Repression gegen sein eigenes Volk beenden, seine Versuche, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, aufgeben und die legitime Rolle der UN anerkennen, die dafür sorgt, dass er dies tut."

Die sich selbst verleugnenden 'Revolutionäre' der SWP erschienen nicht im eigenen Namen auf der Bühne und German erzählte der Menge als StWC-Sprecherin: "Dieser Krieg geht um Öl und um die strategischen Interessen Amerikas. Es handelt sich um einen Krieg der Reichen gegen die Armen." Aber anstatt den offensichtlichen Schluss zu ziehen - dass es notwendig ist, sich auf die Seite "der Armen" gegen "die Reichen" zu stellen (also, den Irak gegen die Blair/Bush-Achse des Bösen zu verteidigen), machte German einen krie-

cherischen pazifistischen Appell: "Die Botschaft dieser Demonstration ist nicht Krieg unter der UNO, sondern kein Krieg unter keinen Umständen." Für Revolutionäre sollte die "Botschaft" jedoch sein, dass die arbeitende Bevölkerung und die Unterdrückten ein vitales Interesse an der Verteidigung des Irak haben. In ihrem *Socialist Review*-Artikel schlägt German vor "Die Koalition kann nicht ruhen, bis wir den Krieg gestoppt haben!" vor und behauptet:

"Wir haben das Potential, den Krieg zu stoppen. Bush und Blair haben einen entschiedenen Kurs eingeschlagen und werden nicht erlauben, dass eine Demonstration sie stoppt. Aber wir haben sie erschüttert und wir haben die Kraft sie solange zu erschüttern, bis sie den Rückzug antreten, wie sie es auch in Vietnam gemacht haben."

Ist die SWP-Führung dumm genug, das wirklich zu glauben oder versucht sie einfach nur, die Mitglieder anzuspornen? Die Vereinigten Staaten zogen sich aus Vietnam zurück, weil 50.000 ihrer Soldaten, die nach Indochina geschickt wurden, um die soziale Revolution zu zerschlagen, in Leichensäcken nach Hause kamen. Mit der Zeit wurden die Jugendlichen aus dem Proletariat und den Minderheiten, aus denen die Wehrpflichtarmee überwiegend bestand, immer rebellischer und eine Stimmung der Ablehnung der herrschenden Klasse und ihres konterrevolutionären Krieges begann zu wachsen. Die Organisation von großen sozialpazifistischen 'Friedens'demonstrationen durch reformistische 'Trotzkisten' mit Politikern der bürgerlichen Demokratischen Partei, die den Ton bestimmten, spielten eine unwesentliche Rolle dabei, den Krieg zu beenden. Aber sie half, den öffentlichen Zorn zurück in den Rahmen bürgerlicher Politik zu kanalisieren. Die Größe der Demonstrationen lieferte einen Maßstab für das Ausmaß der Opposition gegen den Krieg, aber die offene anti-imperialistische Stimmung, die sich unter Schichten der US-Arbeiterklasse, insbesondere unter Vietnamveteranen und der schwarzen Jugend, entwickelte, fand keinen Ausdruck in der offiziellen 'Friedensbewegung'.

Die erfolgreichste 'Anti-Kriegs'-Bewegung der Geschichte wurde von der Bolschewistischen Partei in Russland während des 1. Weltkriegs angeführt. Diese Bewegung wurde nicht mit dem Sozialpazifismus der SWP aufgebaut. In der Tat lässt sich Lenins Denunziation von Pseudo-Sozialisten, die sich weigerten, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf zum Umsturz der kapitalistischen sozialen Ordnung zu verbinden, wie eine Polemik gegen die SWP lesen:

"Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse. Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich."

"Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt, und es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder machen.



IBT-Kontingent am 16.11.02 in Toronto

Insbesondere ist der Gedanke grundfalsch, daß ein sogenannter demokratischer Frieden ohne eine Reihe von Revolutionen möglich sei." (Lenin: *Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR*; LW Bd. 21)

Die International Socialist Organisation (ISO), ehemalige amerikanische Sektion der International Socialist Tendency, die von der SWP in einem Streit um die Hackordnung ausgeschlossen wurde, ist in Anti-Kriegs-Aktivitäten an den Universitäten engagiert. Die Ausgabe des *Socialist Worker* der ISO vom 25. 10. 2002 spricht von dem "Drang, das Amerikanische Reich auszuweiten" und stellt fest, dass "jetzt sogar rechte Kommentatoren von 'Imperialismus' sprechen". Der Artikel kritisiert "einige bekannte Stimmen aus der Antikriegsbewegung", die Illusionen darin haben, dass "der US-Imperialismus einen 'gerechten' Krieg in einigen Fällen führen könnte, aber nicht in anderen".

Aber anstatt herauszustellen, dass der Widerstand des Iraks gegen den US-geführten Krieg ein "gerechter Krieg" sein würde, schlägt die ISO einen sozialpazifistischen Standardton an: "Sozialisten haben immer eine führende Rolle im Kampf gegen Krieg gespielt - und es gibt keinen Grund, warum das heutzutage anders sein sollte." In Wirklichkeit haben Sozialisten **nicht** immer "gegen Krieg gekämpft". Die Bolschewiki schlugen nicht vor, "gegen Krieg zu kämpfen", sondern **den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln**, d. h. in einen Kampf für die sozialistische Revolution. In *Sozialismus und Krieg* schrieb Lenin:

"daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d.h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie."

Trotzki organisierte die Rote Armee, die die Weißen und ihre 'demokratischen' imperialistischen Unterstützer schlug, einschließlich der Vereinigten Staaten und Britanniens. Echte Sozialisten **beziehen eine Seite**, wenn Imperialisten koloniale oder neokoloniale Länder angreifen - sie labbern nicht über "Kampf gegen den Krieg" im Abstrakten.

LRKI: Auf beiden Stühlen sitzen

Die britische Workers Power-Gruppe, die wie die ISO ihren Ursprung in der International Socialist Tendency hatte, präsentiert sich selbst als ernsthafte, orthodox-trotzkistische Alternative zum Opportunismus der SWP. Workers Power und seine Mit-Denker in der Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale (LRKI) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht (GAM)] veröffentlichten am 23. September 2002 eine Erklärung, die feststellte:

"Wir streben danach, den Krieg durch Massenmobilisierungen, die das System bis auf seine Grundfesten erschüttern und die Kriegstreiber stürzen werden, aufzuhalten. Zuerst und vor allem muss dies in den imperialistischen Ländern selbst geschehen. Wenn der Krieg ausbricht, müssen wir klar und unzweideutig die totale Niederlage der imperialistischen Invasion und den Sieg des irakischen Widerstandes fordern."

"Nur dies unterscheidet eine revolutionäre Opposition gegen den Krieg von denjenigen, [die] einfach Frieden, UN-Intervention oder Vermittlung fordern. Die reformistische Linke wird uns auf der Grundlage, dass das die Unterstützung Husseins bedeutet, angreifen...."

Das klingt sehr gut, aber nur ein paar Wochen zuvor unterzeichnete Workers Power am 8. September einen Aufruf für ein Vorbereitungstreffen des Europäischen Sozialforums, der erklärte:

"Diejenigen, die ihre Solidarität mit dem irakischen Volk zeigen, werden im Weißen Haus nicht angehört. Aber wir haben die Chance, die europäischen Regierungen zu beeinflussen - viele von ihnen sind gegen den Krieg. Wir rufen alle europäischen Staatsoberhäupter auf, öffentlich Stellung gegen diesen Krieg zu beziehen, gleich ob er UN-Unterstützung hat oder nicht und Bush aufzufordern, seine Kriegspläne aufzugeben."

Halbwegs intelligente Menschen könnten sich fragen, warum ernsthafte Sozialisten zu einem "Sturz" der imperialistischen Kriegstreiber aufrufen, während sie gleichzeitig an diese appellieren, "Stellung gegen" den Krieg zu beziehen. Das ist die Vorstellung der LRKI von "Taktik" - auf beiden Stühlen gleichzeitig zu sitzen. Für diese Zentristen ist nichts wichtiger, als "Isolation" zu vermeiden. Also wollte Workers Power, nachdem die LCR, die SWP, Dutzende von stalinistischen, sozialdemokratischen, grünen und anderen kleinbürgerlichen Gruppen unterschrieben hatten, nicht außen vor bleiben. Trotzki war derartige Doppelzüngigkeit bekannt:

"Der Zusammenhang zwischen Worten und Taten ist ein Kennzeichen einer ernsthaften revolutionären Organisation. Für eine ernsthafte revolutionäre Organisation sind die Resolutionen, die sie auf ihren Treffen aufstellt, keine reinen Formalitäten, sondern das dokumentierte Resultat der Erfahrungen, die sie in Aktionen angesammelt hat und Leitfaden für ihre Aktionen in der Zukunft. Für Zentristen ist eine 'revolutionäre These', angenommen bei einem feierlichen Anlass, dazu da, als irreführende Dekoration zu dienen, als Deckmantel für unvereinbare Widersprüche in ihren Reihen, als Tarnung für ihre nichtrevolutionären Taten in der vorangegangenen Periode ebenso wie in der kommenden

Periode." (Trotzki: *Resolution zum Anti-Kriegs-Kongress des Londoner Büros*; Juli 1936; eigene Übersetzung).

Die SWP ist glücklich, Workers Power in ihrer "Stop the War-Coalition" zu haben und gestattet ihnen sogar einen Platz im Leitungskomitee. Workers Power konstituiert einen zahmen linken Flügel, dem man vertrauen kann, dass seine 'revolutionären' Aktivitäten besonnen und harmlos durchgeführt werden. Beim Hochjubeln der 'brillianten' Demonstration vom 28. September 2002 in London kommentierte Workers Power weder deren pazifistischen politischen Charakter noch die Abwesenheit von allem, was auch nur annähernd ihrem angeblichen Eintreten für "die totale Niederlage der imperialistischen Invasion und den Sieg des irakischen Widerstandes" entsprochen hätte. Ein aktueller Entwurf "*Manifest für die Weltrevolution*", der auf der Website von Workers Power gepostet ist, liefert einen Hinweis darauf, wie diese Zentristen ihre Teilnahme als stille Junior-Partner in einem bürgerlich-pazifistischen Block mit ihrer vorgetäuschten Durchführung von revolutionärem Defätismus versöhnen:

"Wir schaffen dies durch das Aufbauen einer riesigen Anti-Kriegs-Bewegung, basierend auf Massenorganisationen der Arbeiterklasse gemeinsam demonstrierend mit jungen Leuten, Frauen, der progressiven Mittelklasse und den Gemeinden der Immigranten."

"Diese Bewegung wird wahrscheinlich viele Leute mit einschließen, deren Antrieb Religion und Pazifismus ist. Während wir an ihrer Seite gegen die Kriege der Bosse marschieren, sind wir nicht selber Pazifisten. Wir verbreiten nicht die Illusion, dass Krieg unterm Kapitalismus verboten werden kann"

Dies ist unmittelbar erkennbar als die angegraute Etappentheorie. Während der ersten Etappe nimmt die LRKI begeistert an dem Aufbau einer 'riesigen' Bewegung auf bürgerlich-pazifistischen Basis teil. Die anti-imperialistischen Positionen, die die LRKI scheinbar vertritt, sollen erst in unbestimmter Zukunft mit der Ankunft einer glorreichen zweiten Etappe die Grundlage zur Sammlung der Massen werden. Zweifellos bietet die SWP jugendlichen Unterstützern, die ihre revolutionäre Rhetorik ernst nehmen, eine ähnliche Erklärung an.

Spartacist League: Nach Zick kommt Zack

Die Spartacist League/US (SL) und die ihr angeschlossenen Gruppen in der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) [hierzulande Spartakist Arbeiterpartei Deutschland (SpAD)] beziehen eine Position des revolutionären Defätismus gegen jeden imperialistischen Angriff auf den Irak. Dies bedeutet eine dramatische Umkehrung ihrer Behauptung während der US-Attacke auf Afghanistan in 2001, dass eine defätistische Position gegenüber den imperialistischen Aggressoren "illusionär, reinste heiße Luft und 'revolutionäres' Phrasengedresche" sei (*Workers Vanguard* [WV], 09. 11. 2001). Das schlägt Lenins Linie ins Gesicht, der schrieb:

"Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht umhin, die Niederlage ihrer eigenen

Regierung zu wünschen.

Das ist ein Axiom. Und nur von überzeugten Anhängern oder hilflosen Lakaien der Sozialchauvinisten wird dieses Axiom bestritten." (Lenin: *Über die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg*; LW Bd. 21)

Damals rechtfertigte die SL ihren Laufpass für den Defätismus damit, dass "die Taliban keine militärische Vergeltungsmöglichkeit haben" (WV, 09. 11. 2001), und heutzutage stellt sie fest, dass "der neokoloniale Irak nicht in der Lage ist, die Oberhand über die US-Kriegsmaschine zu gewinnen" (WV, 18. 10. 2002). Also warum zwei unterschiedliche Linien beziehen? Anscheinend glaubt die Führung der SL, dass die Hysterie über die Zerstörung des World Trade Centers genug nachgelassen hat, so dass es ihr sicher genug erscheint, wieder mit Lenins Position zu neokolonialen Kriegen identifiziert zu werden. Dies ist nicht das erste Mal, dass die SL in kritischen Momenten einen Rückzieher gemacht hat (siehe *Where is the ICL going?*, 1917 Nr. 24; http://www.bolshevik.org/1917/no24/Where_is_the_ICL_Going.html. Siehe auch: *Spartacist League: Manchmal ist weniger drin als man glaubt*, BOLSCHEWIK Nr. 17, www.bolshevik.org/deutsch/17/bol17-2.html). Und es sieht auch nicht so aus, als wäre es das letzte Mal. Zu dem gelegentlichen Gejammer der SL darüber, als Feiglinge angesehen zu werden (siehe WV, 25. 01. 2002) ist alles was wir sagen können: Wem der Schuh passt, der muss ihn tragen.

"Kein Mittelweg"

Der Angriff auf den Irak ist, wie oben beschrieben, ein Glied in der Kette von Raubkriegen um die Wiederaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten. Krieg geht mit Kapitalismus einher und wird weiter existieren, bis das kapitalistische Weltsystem durch soziale Revolution umgestürzt oder die menschliche Zivilisation zerstört ist. Es ist unmöglich, sich gegen brutale neokoloniale Eroberungskriege zu stellen, ohne den Charakter des sozialen Systems anzugreifen, der sie verursacht. Der Imperialismus **kann** geschlagen werden - aber nur durch soziale Revolution. Wie Lenin betonte:

"Anstatt es den heuchlerischen Schönrednern zu überlassen, das Volk mit Phrasen und Versprechungen über die Möglichkeit eines demokratischen Friedens zu betrügen, müssen die Sozialisten die Massen darüber aufklären, daß ohne eine Reihe von Revolutionen und ohne revolutionären Kampf in jedem Lande gegen die eigene Regierung auch nur ein halbwegs demokratischer Frieden eine Unmöglichkeit ist."

"Einen Mittelweg gibt es hier nicht. Und den größten Schaden, der sich denken läßt, fügen dem Proletariat die heuchlerischen (oder bornierten) Erfinder einer Politik der 'mittleren Linie' zu." (Lenin: *Die Frage des Friedens*; LW Bd. 21)

Die Linke im Krieg



Irakische Demonstration gegen US-Besatzung

Auf dem Weg des geringsten Widerstandes: Imperialistischer Krieg und Pseudo-Sozialisten

Im Folgenden drucken wir die Übersetzung einer Polemik aus der Nummer 25 unseres englischsprachigen, internationalen Organs *1917* (www.bolshevik.org/1917no.html#25) ab. Sie erschien bereits vor Beginn des Irak-Krieges und unterzieht die Politik einiger angeblich trotzkistischer Gruppen einer marxistischen Kritik. Die meisten dieser Gruppen haben deutsche Sektionen, insofern ist dieser Text auch für den Klärungsprozess hierzulande relevant.

Marxisten streben nicht nur nach programmatischer Klarheit, sondern auch nach internationaler programmatischer Einheit. Der globale Kapitalismus muss durch eine proletarische Weltrevolution gestürzt werden. Jede nationale Borniertheit steht dem entgegen: Die Grundfragen von Kapitalismus und Sozialismus, Krieg

und Frieden sind internationale Fragen. Notwendig ist daher der Aufbau einer revolutionären proletarischen Weltpartei mit einer international einheitlichen politischen und strategischen Linie.

"Der Kampf gegen Krieg und seine soziale Ursache, den Kapitalismus, setzt eine direkte, aktive und unmißverständliche Unterstützung für die unterdrückten kolonialen Völker in ihren Kämpfen und Kriegen gegen den Imperialismus voraus. Eine 'neutrale' Position ist gleichbedeutend mit einer Unterstützung des Imperialismus." (Leo Trotzki: *Resolution zum Anti-Kriegs-Kongress des Londoner Büros*, Juli 1936)

Fortsetzung Seite 14